

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXIV. Jahrgang, Nr. 10

Oktober 1951

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Erste Erfolge der Preissenkungsaktion — Der Bundesvoranschlag 1952 — Notwendigkeit weiterer Stabilisierungsmaßnahmen

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Umsätze — Arbeitslage — Verkehr — Außenhandel

Die Rohwarenmärkte im III. Quartal 1951

Verbrauch von Zucker und Süßwaren in Österreich

Österreichische Wirtschaftszahlen *(Genauere Inhaltsangabe auf der 3. Umschlagseite)*

Internationale Wirtschaftszahlen *(Weltmarktpreise)*

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Erste Erfolge der Preissenkungsaktion — Der Bundesvoranschlag 1952 — Notwendigkeit weiterer Stabilisierungsmaßnahmen

Die von den Interessenvertretungen der gewerblichen Wirtschaft eingeleitete Aktion freiwilliger Preissenkungen hat bisher gute Erfolge erzielt. Die Preise einer Reihe von Waren, darunter Textilien, Schuhe, Elektrogeräte, Möbel, Seife, Bier und Semmeln, wurden bereits gesenkt (im allgemeinen um etwa 5%); über weitere Preissenkungen wird zur Zeit verhandelt. Diese Bemühungen sowie die zurückhaltende Lohnpolitik der Gewerkschaften haben den latenten Preis-Lohn-Auftrieb vorderhand zurückgedämmt und eine günstige Atmosphäre für konstruktive Lösungen auf breiterer Grundlage geschaffen.

Die Anfangserfolge der Preissenkungsaktion wurden durch einen schwachen Geschäftsgang im Einzelhandel unterstützt. Die spekulativen Käufe vor dem fünften Preis-Lohn-Abkommen sowie die starken sekundären Preisreaktionen nach dem Abkommen haben die Kaufkraftreserven breiter Konsumentenschichten erschöpft, so daß die saisonübliche Umsatzbelebung im Herbst nur zögernd einsetzte. Im Einzelhandel wurden im September nur um 9% mehr abgesetzt als im August (statt wie saisonüblich um 20 bis 30%); die Mengenumsätze waren fast überall nied-

riger als im September 1950. Die Erwartung von Preissenkungen läßt die Konsumenten weiterhin vorsichtig disponieren. Erst vor Weihnachten wird die Nachfrage, gestützt durch Remunerationen und sonstige einmalige Zulagen, wieder stärker steigen.

Die praktische Bedeutung der Preissenkungsaktion wird allerdings dadurch eingeschränkt, daß sie sich zunächst nur auf die gewerbliche Wirtschaft erstreckt. Die Tendenz vieler landwirtschaftlicher Preise ist dagegen noch steigend. Obst, Gemüse, Kartoffeln und Eier wurden in jüngster Zeit teils saisonbedingt, teils wegen schlechter Ernten (Äpfel) und steigender Verfütterung (Kartoffeln) teurer. Auch die Fleischknappheit bereitet der Wirtschaftspolitik weiterhin Sorgen. Die vom Wirtschaftsdirektorium Ende Oktober beschlossenen Maßnahmen versuchen wohl eine geregelte Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch zu sichern, indem sie die amtlichen Höchstpreise erhöhten und gleichzeitig zusätzliche Lenkungsmaßnahmen (Marktzwang, Koppelung von Fleischablieferung und Bezug von Futtermitteln, Beschränkung des Verkaufes von Schweine- und Kalbfleisch auf Samstag) einführten. Der praktische Erfolg dieser Maßnahmen, die sowohl von den landwirtschaftlichen

Produzenten als auch von Handel und Konsumenten ein hohes Maß von Disziplin erfordern, hängt jedoch weitgehend davon ab, ob die geplanten Fleischimporte rasch realisiert werden können und das Angebot an heimischen Schlachtschweinen den Saisonserwartungen entsprechend stärker steigen wird.

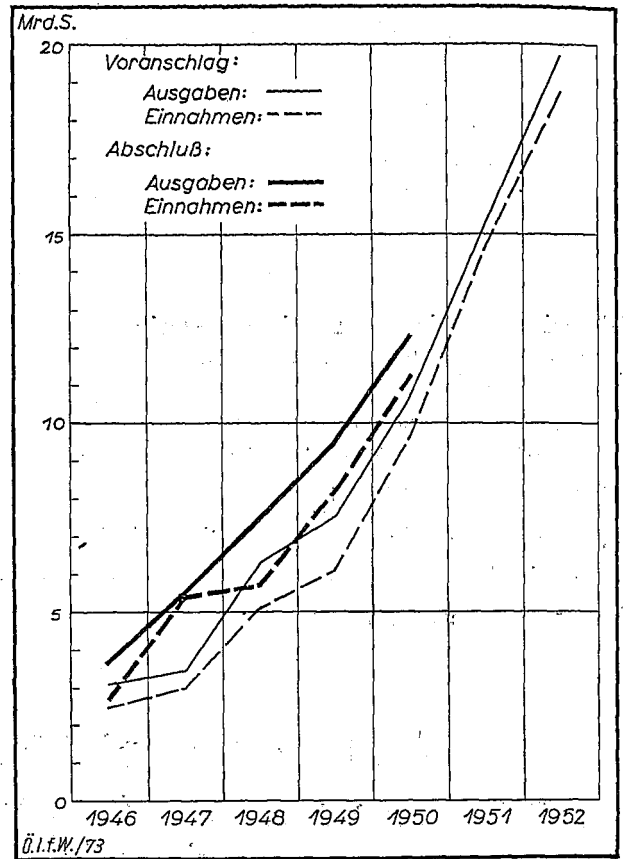
Trotz diesen Einschränkungen haben sich die Spannungen zwischen Preisen und Löhnen zunächst gelockert. Der Index der Lebenshaltungskosten nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema stieg zwar von Mitte September bis Mitte Oktober — also vor der Preissenkungsaktion — um 4,4% (auf 666,7; April 1938 = 100). Auch im November ist wegen der Erhöhung der Mieten, der amtlichen Fleischpreise und einiger Gebühren noch mit einer Steigerung zu rechnen. Die Mietenerhöhung wurde jedoch bereits durch Lohnzahlungen abgegolten, während die Erhöhung der amtlichen Preise für Schweinefleisch rein fiktiven Charakter hat, da es seit Monaten nur zu weitaus höheren illegalen Preisen erhältlich ist. Schaltet man weiters die saisonmäßigen Verteuerungen von Obst und Gemüse aus, so haben sich zweifellos Löhne und Lebenshaltungskosten wieder etwas genähert.

Auf die Dauer wird man freilich mit freiwilligen Preissenkungen nicht das Auslangen finden. Solche mehr die Marktstimmung als die tatsächlichen Marktverhältnisse beeinflussende Maßnahmen können Preise und Löhne nur vorübergehend stabilisieren, wenn es nicht gelingt, durch Steigerung des Angebotes oder durch Beschränkung der Nachfrage auch die marktmäßigen Voraussetzungen für niedrige Preise zu schaffen und die tiefer liegenden Spannungen im Preisgefüge zu beseitigen. In diesem Zusammenhang müssen vor allem auch die vom Budget ausgehenden Auftriebskräfte berücksichtigt werden. Der Bundesvoranschlag 1952 sieht laufende Ausgaben von 18.773,1 Mill. S und außerordentliche Aufwendungen und Investitionen von 914,5 Mill. S, zusammen also 19.687,6 Mill. S vor, um 7,1 Mrd. S oder 57% mehr als im Voranschlag 1951. Diese starke Ausgabensteigerung ist vorwiegend auf die Belastung des Staatshaushaltes durch das fünfte Preis-Lohn-Abkommen zurückzuführen. Dem Budget liegt aber offenkundig auch die Absicht zugrunde, durch hohen öffentlichen Aufwand die Investitionsrate der österreichischen Wirtschaft trotz Rückgang der Auslandshilfe auf alter Höhe zu halten.

Während der Fiskus hofft, das außerordentliche Budget durch ERP-Freigaben und Kassenreserven zu decken, kann der ordentliche Haushalt nur dadurch annähernd im Gleichgewicht gehalten werden, daß die Bundesbahnen ihre Gütertarife um etwa 1 Mrd. S

Entwicklung des Bundesbudget

(Natürlicher Maßstab; in Mrd. S)



Die Ausgaben und Einnahmen des Bundes sind in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen. Die Gesamtausgaben des Voranschlages 1952 sind mit 19,7 Mrd. S über sechsmal und die laufenden Einnahmen mit 18,7 Mrd. S über siebenmal so hoch wie im Jahre 1946. Diese starke Steigerung ist vorwiegend eine Folge der seit Kriegsende anhaltenden Preis-Lohn-Dynamik. Außerdem haben jedoch die zunehmenden sozialen und wirtschaftlichen Leistungen (Investitionen) auch den Anteil der Staatsausgaben am Volkseinkommen erhöht.

Der Bundesvoranschlag 1952

Gruppe	Laufende Einnahmen	Gebarung Ausgaben	A. o. Aufwendungen u. Investitionen	Gebarungserfolg
Mill. S				
Hoheitsverwaltung.....	11.939'6	11.667'3	129'0	+ 143'3
Monopole	542'4	419'2	—	+ 123'2
Bundesbetriebe.....	2.330'2	2.371'9	185'5	— 227'2
Eisenbahnen	3.843'9	4.314'7	600'0	— 1.070'9
Summe	18.656'1	18.773'1	914'5	— 1.031'5

erhöhen werden und eine Sondersteuer mit einem Ertrag von 200 Mill. S zur Finanzierung des sozialen Wohnungsbaues eingehoben wird. Allein die daraus resultierende Mehrbelastung der Wirtschaft fördert neue Auftriebskräfte. Außerdem enthält der Voranschlag 1952 nur einen Teil des wirklichen Subventionsaufwandes. Während laut Nachtragsbudget 1951 der gesamte Aufwand für Importsubventionen

1'2. Mrd. S pro Jahr beträgt, sieht der Voranschlag 1952 für diese Zwecke nur 700 Mill. S vor. Im kommenden Sommer muß also wieder über einen Abbau der Importsubventionen verhandelt werden. Bedenkt man weiters, daß die hohen Preise für Schweinefleisch neuerlich die Agrarpreisstruktur verzerrt haben und die Prämien für die Ablieferung von Brotgetreide früher oder später auf die Preise überwältzt werden müssen, so läßt sich bereits jetzt voraussehen, daß die Wirtschaftspolitik im kommenden Sommer vor ähnlich schwierigen preis- und lohnpolitischen Problemen stehen wird, wie in den letzten Jahren.

Unter diesen Umständen darf nur dann eine längere Periode stabiler Preise und Löhne erwartet werden, wenn außer der Preissenkungsaktion der gewerblichen Wirtschaft zusätzlich umfassende Stabilisierungsmaßnahmen ergriffen werden, die die tieferliegenden *Ursachen der inflatorischen Entwicklung* beseitigen. Die Wirtschaftspolitik hat zunächst nur von der Kreditseite her versucht, die Preissenkungsaktion zu unterstützen. Nachdem sich das Kreditabkommen vom April d. J. als wenig wirksam erwiesen hatte, soll nunmehr eine neue Vereinbarung zwischen Finanzministerium und Banken eine schärfere qualitative und quantitative Kreditkontrolle sichern. Außerdem schränkt die Notenbank ihre Refinanzierungszusagen ein. Wenn auch das Abkommen über Kreditpolitik selbst durch verschiedene Ausnahmen und Bedingungen so gefaßt ist⁴⁾, daß es keine eindeutige Prognose über die zukünftige Entwicklung gestattet, so zeigen doch die bisherigen Ergebnisse, daß Währungsbehörden und Kreditapparat die Drosselung der Kreditausweitung ernst nehmen. Das Geldvolumen stieg im September nur noch um 252 Mill. S und das Kreditvolumen um 441 Mill. S gegen 776 Mill. S und 643 Mill. S im August. Die relativ geringe Zunahme des Notenumlaufes im Oktober um nur 62 Mill. S deutet auf eine weitere Verlangsamung der Ausweitungstendenzen hin.

⁴⁾ Das Kreditabkommen bestimmt, daß nur 70% der neuen Einlagen als Basis für zusätzliche Kredite verwendet werden dürfen. Die strikte Anwendung dieser Bestimmung hätte die Kreditausweitung überhaupt zum Erliegen gebracht, da der Spareinlagenzuwachs unbedeutend ist, während der Scheckeinlagenzuwachs — wegen Barabhebungen — stets niedriger sein muß als die ihn verursachende Kreditausweitung. Die praktische Bedeutung der neuen Deckungsvorschrift für zusätzliche Kredite wird indessen dadurch stark eingeschränkt, daß sie nicht für Aufbaukredite, Exportkredite und landwirtschaftliche Kredite (Erntefinanzierung) gilt. Außerdem sind jene Banken nicht an sie gebunden, deren Liquiditätsreserven die vorgeschriebene Mindesthöhe übersteigen. Infolge dieser weitgehenden Ausnahmen liegt das Schwergewicht der Kreditpolitik — entgegen den Intentionen des Abkommens — nach wie vor auf der Diskontpolitik der Nationalbank.

Eine einseitige Drosselung des Kommerzkredites ist aber weder ausreichend noch unproblematisch. Da die Richtlinien über qualitative Kreditauslese unvermeidlich sehr allgemein gefaßt sind, ist es weitgehend den Kreditinstituten überlassen, welche Kredite sie einschränken. Das führt in der Praxis vielfach zu einer Diskriminierung zugunsten jener Betriebe, die mit den maßgeblichen Kreditinstituten geschäftlich und finanziell eng verbunden sind. Diese Schwächen ließen sich teilweise durch eine Erhöhung des Diskontsatzes vermeiden. Die österreichische Wirtschaftspolitik könnte sich, dem Beispiel vieler anderer Staaten folgend, dazu um so leichter entschließen, als die Verzinsung der inneren Staatsschuld — die gewöhnlich das Haupthindernis für eine elastische Zinspolitik darstellt — gegenwärtig nicht sehr ins Gewicht fällt.

Gewiß kann der Zinsfuß allein, wegen der geringen Zinsempfindlichkeit vieler, vor allem öffentlicher Investitionen, Angebot und Nachfrage auf dem Kreditmarkt nicht ausgleichen. Eine solche Maßnahme wäre auch wenig zweckmäßig, solange direkte Lenkungsmaßnahmen verhindern, daß sich die Rentabilität der einzelnen Zweige nach der relativen Knappheit ihrer Produkte einspielt. Eine mäßige Erhöhung des Zinsfußes könnte jedoch die Kreditrationierung wirksam ergänzen und die Auswahl unter den Kreditwerbern erleichtern.

Außerdem müßte die Einschränkung des kommerziellen Kredites durch entsprechende Maßnahmen der Budget- und der Counterpartpolitik ergänzt werden. Solange aus Budgetmitteln und Counterparts ohne Rücksicht auf die labile Preis- und Lohnsituation im großen Stile investiert wird, läuft eine straffere Kreditpolitik nur auf eine Verschiebung der Investitionstätigkeit zugunsten konsumferner und vielfach wenig produktiver Investitionen hinaus. Diese Entwicklung ist um so bedenklicher, als gerade in der gegenwärtigen Situation infolge des Rückganges der Auslandshilfe und der geringen Sparneigung der österreichischen Bevölkerung eine bewußte Förderung kurzfristiger, konsumnaher und den Zahlungsbilanzausgleich fördernder Projekte besonders wichtig wäre.

Die Befürchtung, daß die Sicherung finanzieller Stabilität mittels kredit- und finanzpolitischer Maßnahmen eine verstärkte Arbeitslosigkeit auslösen würde, ist nur teilweise begründet. In großen Bereichen der österreichischen Wirtschaft herrscht gegenwärtig ein eindeutiger Verkäufermarkt. Vor allem Produktion und Beschäftigung der Industrie werden in nahezu allen Sparten nicht durch die wirksame Nachfrage, sondern durch die Knappheit des Ange-

botes an Rohstoffen und durch Kapazitätsengpässe bestimmt. Hohe Auftragsbestände und lange Lieferfristen lassen erkennen, daß das gegenwärtige hohe Niveau der Industrieproduktion — der Produktionsindex stieg im August um 0'9% (auf 165'8% von 1937) und dürfte sich im September weiter erhöht haben — auch durch eine stärkere Verknappung der Geldmenge kaum beeinträchtigt würde.

Wohl aber könnte unter einer Beschränkung der Gesamtnachfrage die Beschäftigung im Baugewerbe leiden. Die Zunahme der verfügbaren Arbeitslosen im Oktober um 3.800 läßt erkennen, daß der saisonübliche Beschäftigungsrückgang bereits begonnen hat. Eine stärkere Arbeitslosigkeit ist in diesem Winter um so wahrscheinlicher, als die finanzielle Decke für das Bauen im Winter infolge einer spekulativ übersteigerten Bautätigkeit in den Sommermonaten sehr knapp ist und die Wirtschaftspolitik bisher versäumt hat, die auf die Dauer mit Währungsstabilität unvereinbare hohe Zahl von Bauarbeitern in andere Berufe umzuschichten. Der Versuch, diese Strukturprobleme durch monetäre Vollbeschäftigungsmaßnahmen zu verdecken, würde aber nicht nur die finanzielle Stabi-

lität gefährden, die sich immer mehr als ein kostbares und unentbehrliches Gut für alle Bevölkerungsschichten erweist. Er könnte auch auf die Dauer die Beschäftigungsprobleme der österreichischen Wirtschaft nicht lösen, da jede inflationistische Entwicklung die Zahlungsbilanz verschlechtert und damit sowohl die Beschäftigung der Exportindustrien als auch die der importabhängigen Zweige beeinträchtigt.

Gelingt es hingegen, die Preissenkungen zu verbreitern, so würde der Export gefördert und jenen Betrieben ein hoher und ausweitungsfähiger Beschäftigtenstand gesichert werden, die fast ausschließlich auf den Export angewiesen sind und durch den heimischen Preisauftrieb in eine ernste Klemme geraten. Die leichte Erholung der Ausfuhr im September — der Ausfuhrwert stieg um 73 Mill. S und das Volumen um 12% — darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Sicherung einer konkurrenzfähigen Exportwirtschaft selbst dann die schwierigste und wichtigste Aufgabe der österreichischen Wirtschaftspolitik bleibt, wenn Österreich für das Wirtschaftsjahr 1951/52 doch mehr Hilfe erhält, als nach den ersten Meldungen angenommen werden mußte.

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten S. 526—527

Das *Geldvolumen* (Notenumlauf plus Giroeinlagen bei Nationalbank und Kreditinstituten — beide ohne Einlagen von Kreditinstituten) hat sich im September weniger ausgeweitet als in den Vormonaten. Es nahm um 252 Mill. S (auf 16.675 Mill. S) zu und überschritt damit den Stand vor Abschluß des fünften Preis-Lohn-Abkommens (Ende Juni 1951) um 1.273 Mill. S. Der Zuwachs im September setzt sich wie folgt zusammen: Erhöhung des Banknoten-umlaufes um 74 Mill. S (auf 7.264 Mill. S), Steigen der Scheckeinlagen bei den Kreditinstituten um 443 Mill. S (auf 8.793 Mill. S), Rückgang der freien, nicht auf Kreditinstitute lautenden Guthaben bei der Nationalbank um 265 Mill. S.

Die *Nationalbank* ist offenbar bemuhnt, die Ausweitung des Geldvolumens mittels einer vorsichtigen Eskontopolitik zu bremsen. Ihr Bestand an eskontierten Handelswechseln sank im September sogar um 212 Mill. S (auf 1.282 Mill. S) und der an eskontierten Besatzungskostenschatzscheinen um 126 Mill. S (auf 1.260 Mill. S). Nur Aufbauwechsel — die bekanntlich durch freigegebene und zunächst von der Bundesnotenschuld abgebuchte Counterpart-Mittel gedeckt sind — wurden im Betrage von 378 Mill. S eskontiert.

Obwohl die Notenbank per Saldo nur für 40 Mill. S Wechsel eskontierte, gegen 503 Mill. S und 290 Mill. S in den Vormonaten, konnten die *Kreditinstitute* im September dennoch 441 Mill. S zusätzliche Kredite gewähren (gegen 643 Mill. S im August) und außerdem ihre freien Nationalbankgiro-guthaben um 131 Mill. S erhöhen, vorwiegend, weil der Einlagenzuwachs mit 382 Mill. S (Scheckkonten plus 443 Mill. S, Sparkonten minus 61 Mill. S) bedeutend größer war als in den Vormonaten. Die gesamte Ausweitung des Kreditvolumens im III. Quartal 1951 betrug damit 1.417 Mill. S, d. s. um 11% mehr als im II. Quartal.

Um eine weitere übermäßige Kreditausweitung zu verhindern, wurde die bereits seit April d. J. geltende, bisher aber wenig wirksame quantitative und qualitative *Kreditkontrolle* verschärft. Ein neues Abkommen zwischen Finanzministerium und Kreditinstituten sieht eine stärkere qualitative Kreditauslese vor und bestimmt, daß die laufende Ausweitung des Kreditvolumens nur in bestimmten Ausnahmefällen (z. B. Exportforderungskredite) 70% des Einlagenzuwachses übersteigen darf. Außerdem wird die Nationalbank ihre laufenden Refinanzierungszu-sagen kürzen. Auf Grund dieser Maßnahmen ist in

absehbarer Zeit mit einer fühlbaren Kreditverknappung zu rechnen.

Auf den *Counterpart*-Konten wurden im September 290 Mill. S Erlöse aus der direkten ERP-Hilfe und aus der Saldenabrechnung mit der EZU eingezahlt. Andererseits wurden 870 Mill. S abgebucht, so daß die zeitlich gesperrten Nationalbankguthaben öffentlicher Stellen um 580 Mill. S (auf 1.518 Mill. S) zurückgingen. Die hohen Ausgänge aus dem Counterpart-Konto haben jedoch zunächst den Geldumlauf nur wenig beeinflußt, da rund 800 Mill. S — ERP-Investitionen in der Industrie — von der Post „Forderung an den Bundesschatz“ in der Nationalbankbilanz abgebucht wurden¹⁾. Der Rest von rund 70 Mill. S wurde auf freie Nationalbankkonten öffentlicher Stellen übertragen, die aber im September per Saldo einen weit höheren Betrag — nämlich rund 335 Mill. S — abhoben, so daß sich der Kontenstand um 266 Mill. S senkte.

Am 19. Oktober wurde eine neue Freigabe von 523 Mill. S aus dem ECA-Counterpart-Konto bekanntgegeben. Davon sollen 40 Mill. S für das Bundesinvestitionsprogramm (a. o. Budget), 162 Mill. S für ERP-Sonderwiederaufbauprogramme (Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fremdenverkehr, Wohnhausbau) und Exportförderung und 321 Mill. S für Industrie- und Gewerbeinvestitionen (Aufbaukredite) verwendet werden. Die im Rahmen der Gesamtfreigabe zur Verfügung gestellten Beträge werden — wie bisher — in den nächsten Monaten auf Grund von Spezialfreigaben nach und nach vom ECA-Counterpart-Konto abgebucht werden. Einschließlich der Oktoberfreigabe wurden bisher im Jahre 1951 2.600 Mill. S freigegeben, d. s. ebensoviel wie der ursprüngliche Freigabeplan vorsah.

Der *Kapitalmarkt* reagiert deutlich auf die Preisauftriebstendenzen. Die *Spareinlagen* haben im September um 61 Mill. S (auf 2.349 Mill. S) abgenommen und sind nunmehr bereits um 106 Mill. S niedriger als vor Abschluß des fünften Preis-Lohn-Abkommens (Juni 1951). Die Aktienkurse sind wieder stark (in der Zeit von Mitte September bis Mitte Oktober um 16,9% auf 396,3%; März 1938 = 100) gestiegen und liegen damit auf einem seit Februar 1948 nicht mehr erreichten Höhepunkt. Besonders stark war die Kurssteigerung bei Aktien der Papierindustrie, der Elektrizitaterzeugung und der Metallindustrie. Die lebhaftere Nachfrage nach Aktien, der fast kein Angebot gegenübersteht (es kommen meist nur Geldkurse zustande), ist gewiß weniger einer besseren Ertrags-

¹⁾ Die „Bundesnotenschuld“ sank dadurch von 3.229 Mill. auf 2.430 Mill. S.

lage¹⁾ zu danken, als vielmehr vorwiegend spekulativer Natur (Flucht in Sachwerte). Der Index der Kurse festverzinslicher Wertpapiere und der Kurs der Aufbauanleihe 1949 blieben unverändert, der Kursrückgang der Bundesschuldverschreibungen 1947 setzte sich hingegen fort (minus 1'6%, auf 40'95 S per 100 S Nominale).

Preise und Löhne

Dazu statistische Übersichten S. 528—530

Obwohl in der Berichtsperiode (Mitte September bis Mitte Oktober) Kleinhandelspreise und Lebenshaltungskosten wiederum fühlbar gestiegen sind, kann in allerletzter Zeit festgestellt werden, daß sich der Preisauftrieb verlangsamt. Der Durchschnitt der Großhandelspreise schwankt schon seit einigen Monaten innerhalb sehr enger Grenzen. Vor allem scheinen sich die seit Monaten auf den Weltmärkten beobachteten Preisrückgänge wichtiger Rohstoffe in Form relativer Kostensenkungen auszuwirken und die Aufwärtsbewegung des Preisniveaus zu hemmen. Hinzu kommen die Bemühungen der Organisation der gewerblichen Wirtschaft, angesichts des Druckes potentieller Lohnforderungen ihre Mitglieder zum Verzicht auf weitere Preiserhöhungen zu bewegen, und die Verhandlungen der drei Wirtschaftskammern und im Wirtschaftsministerium über eine Senkung wichtiger Preise. Entscheidend aber für die Verlangsamung des Preisauftriebes ist die vorsichtiger Kreditpolitik, die die Expansion der effektiven Gesamtnachfrage einschränkt, und die größere Zurückhaltung in der Lohnpolitik.

Wenn auch die Preis-Lohn-Dynamik schwächer geworden ist, so dürfte der Preisauftrieb in absehbarer Frist doch nicht ganz aufhören, da sich abgesehen von Saisoneinflüssen noch einige kosten erhöhende Faktoren in Kürze auswirken werden. So wird die ab 1. November vom Arbeitgeber zu zahlende Mietzinsbeihilfe²⁾ eine Kosten- und Nachfrageerhöhung bringen. Für das nächste Jahr ist eine neue Wohnbausteuer und eine starke, im Bundesvoranschlag für 1952 angekündigte Erhöhung der Gütertarife der Bundesbahnen vorgesehen. Aber auch die neuerliche Festigung einiger Rohstoffpreise auf den Weltmärkten dürfte eine Rolle spielen.

In der Zeit von Mitte September bis Mitte Oktober ist der *Großhandelspreisindex* des Statistischen

¹⁾ Immer mehr Gesellschaften nahmen ihre Dividendenzahlungen wieder auf, wobei vielfach relativ hohe Sätze (bis 10%) gezahlt werden.

²⁾ Auch die Erhöhung der Altmieten selbst kann preissteigernd wirken. Insbesondere der Handel und das Gewerbe werden bestrebt sein, die Unkostenerhöhung (Mieten für Geschäftsräume) einzukalkulieren.

Zentralamtes nur um 2 Punkte gestiegen; er betrug im September 788, im Oktober 790 (März 1938 = 100). Wolle, Flachs und Jute wurden billiger; Baumwolle, Hanf, Kautschuk, Brennholz, Koks, Zinn und Kartoffeln teurer. Kleinere Preiserhöhungen ergaben sich auch bei Steinkohle sowie bei Weizen und Roggen³⁾.

Im *Lebenshaltungskostenindex* des Institutes (berechnet auf Grund eines friedensmäßigen Verbrauchsschemas für eine Arbeiterfamilie mit zwei Kindern in Wien) für Mitte Oktober kommt eine Reihe von Verteuerungen zum Ausdruck, die schon im September — aber nach dem Stichtag der Erhebung — eingetreten sind. Neue Preiserhöhungen und das erwartete Umschlagen der Saisonbewegung kamen hinzu. Der Index lag am 15. Oktober mit 666'7 (April 1938 = 100) um 4'4% über dem Stand von Mitte September. Damit ist der Index seit Ausbruch der Koreakrise (Juni 1950) um 46'9%, seit Jahresbeginn 1951 um 31'2% und seit der Zeit vor Abschluß des fünften Preis-Lohn-Abkommens (d. h. seit Juni 1951) um 20'0% gestiegen.

Im einzelnen stiegen folgende Preise der im Lebenshaltungskostenindex enthaltenen Waren und Dienstleistungen:

Eier	8%	Brennholz	7%
Äpfel	73% ⁴⁾	Möbel (Küchentisch)	4%
Spinat	146%	Damenstoffkleider	16%
Kartoffeln	13% ⁴⁾	Zeitung	40%
Marmelade	26%	Miete (Reinigungs-	
Koks	15%	geld der Hausbe-	
		sorger)	2%

Die Erhöhung der Mietzinse und verschiedener städtischer Gebühren sowie eine Neufestsetzung der offiziellen Schweine- und Kalbfleischpreise werden den Lebenshaltungskostenindex auch im November noch steigen lassen, obwohl im Rahmen der Preissenkungsaktion bereits beachtliche Reduktionen — z. B. Bier um 2'5%, Schuhe um 5%, Textilien um 5 und 6%, Kernseife um 7% — angekündigt und teilweise schon durchgeführt wurden. Die für November erwartete Indexerhöhung ist aber — im Vergleich mit den unmittelbar vorhergehenden Monaten — teilweise fiktiv, da die echten („schwarzen“) Fleischpreise schon vorher über den amtlichen lagen, zu denen praktisch kaum Fleisch erhältlich ist. Die „schwarzen“ Fleisch-

³⁾ Die Erhöhung des Brotgetreidepreises ist auf die Saisonzuschläge zurückzuführen (zur Abgeltung der Lagerkosten). Die Saisonzuschläge sind nicht so hoch, daß sie die Prämie von 15 g per kg für bis 1. Jänner 1952 abgeliefertes Getreide wirkungslos machen könnten.

⁴⁾ Das Steigen der Äpfelpreise ist auch auf die schlechte Ernte, jenes der Kartoffelpreise teilweise auf die hohen Viehpreise (Verfütterung) zurückzuführen.

preise haben aber sogar — saisonbedingt — leicht rückläufige Tendenz.

Auch die Preise auf den *reagiblen Märkten* stiegen weiter. Die „schwarzen“ Devisenkurse stiegen von Ende August bis Ende September um 4,2% und die freien Versteigerungspreise im Wiener Dorotheum von Mitte September bis Mitte Oktober um 7,3% (neuer Höhepunkt seit Februar 1949). Der Silberpreis erhöhte sich, zum Teil infolge einer speziellen Weltmarktentwicklung, besonders stark (um 11%, seit Mitte August allein um 28%). Auch der freie Goldpreis stieg um 6% und liegt nunmehr um 18% über dem von Juli 1951.

In der Berichtsperiode kam es zu keinen weiteren bedeutenden Lohnerhöhungen¹⁾, so daß der Index der *Arbeiternettotariflöhne* (für Industrie und Gewerbe in Wien, Verheiratete mit 2 Kindern) unverändert blieb. Latente Lohnforderungen wichtiger Arbeitergruppen (Eisen- und Metallindustrie, Leder- und Schuhindustrie, Textilindustrie) stehen hinter den Forderungen nach Reduzierung lebenswichtiger Preise. Die öffentlich Angestellten haben anlässlich der Erhöhung der Altmieten (Mietzinse in dem Mietengesetz unterstehenden Häusern) eine Forderung nach Zahlung eines besonderen Quartiergeldes über die gewährte Mietenbeihilfe von 30 S hinaus (oder anstelle dieser) angemeldet. Die Tabakarbeiter verlangen eine Erhöhung der Löhne um 15%.

Der *Index der Arbeiternettoverdienste* (Industrie und Gewerbe in Wien, Verheiratete mit 2 Kindern) betrug auf (Schilling-) Basis August 1938 = 100 im August 1951 549,6 (ohne Berücksichtigung der Kinderbeihilfe) bzw. 655,0 (mit Kinderbeihilfen). Er enthält nunmehr die ganze, durch das fünfte Preis-Lohn-Abkommen verursachte Verdiensterhöhung. Die Steigerung des Index gegenüber Juni 1951 (d. h. gegenüber unmittelbar vor dem Abkommen) beträgt 17,0% (Index ohne Kinderbeihilfen) bzw. 23,6% (Index mit Kinderbeihilfen).

Ernährung

Dazu statistische Übersichten S. 531

Die Schwierigkeiten in der *Fleischversorgung* hielten auch im September und Oktober an. Das Angebot von Rindfleisch²⁾ (aber auch von Schaf- und

¹⁾ Lediglich die Arbeiter im Handel (ganz Österreich) erhielten ab 3. September eine Lohnerhöhung um 10%.

²⁾ Das Angebot von Rindfleisch wird nach wie vor ziemlich vollständig erfaßt, da Direktkäufe von Rindern ohne Benutzung des öffentlichen Schlachthofes nur begrenzt möglich sind und außerdem der Markt, seitdem die Preise im Juni praktisch freigegeben wurden, ausreichend beliefert wird. Infolge der umfangreichen statistisch nicht erfaßbaren Direkt-

Pferdefleisch) nahm in Wien vor allem dank wachsenden Einfuhren (aus Jugoslawien, Dänemark und Irland) ständig zu und war bereits höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Obwohl sich im Großhandel Rindfleisch etwas verbilligte (seit Mitte August um 2 bis 3 S je kg), gingen die Verbraucherpreise im Durchschnitt kaum zurück, da die überhöhten Einkaufspreise seinerzeit nicht sofort überwältigt wurden, die Nachfrage nach Rindfleisch wegen des knappen Angebotes und der hohen Preise für Schweine- und Kalbfleisch zugenommen hat und vielfach die Preise der einzelnen Fleischarten innerbetrieblich ausgeglichen werden.

Erfaßte Anlieferungen von Schlachtvieh und Fleisch nach Wien¹⁾

Wochen- durchschnitt	Rinder ²⁾		Schweine ²⁾		Kälber ²⁾	Fleisch ²⁾
	Insg.	dav. Ausl. in Stück	Insg.	dav. Ausl.	Insg.	Insg. in g
1950 1. Hj.	977	366	6.108	1.011	1.916	1.230
VII.	1.237	103	7.635	949	2.812	913
VIII.	1.422	72	7.328	1.783	2.801	984
IX.	1.627	112	7.978	1.293	3.222	1.155
X.	1.629	42	8.543	2.507	3.065	1.175
1951 1. Hj.	1.282	3	9.833	939	2.722	1.356
VII.	1.178	52	6.910	169	2.202	695
VIII.	1.447	150	2.573	867	1.045	532
IX.	1.675	338	3.329	542	1.672	798
X.	1.866	425	3.910	567	2.079	902

¹⁾ Nach den Berichten des Marktamtes der Stadt Wien. — ²⁾ Auftrieb auf dem Zentralviehmarkt und Außenmarktverkehr. — ³⁾ Anlieferungen auf den Zentralviehmarkt, in die Kontumazanlage sowie Außenmarktverkehr und Zufuhren in die Großmarkthalle, sofern sie nicht bereits auf dem Zentralviehmarkt erfaßt wurden. — ⁴⁾ Zufuhren von Rind-, Kalb-, Schweinefleisch, Würsten und Seichwaren in die Großmarkthalle, sofern sie nicht bereits auf dem Zentralviehmarkt erfaßt wurden.

Das tatsächliche Angebot von Schweine- und Kalbfleisch war dagegen — nicht allein wegen der geringeren Importe — weiterhin niedriger als vor Beginn der Fleischkrise (freilich nicht soviel, wie die statistisch erfaßten Lieferungen anzeigen). Dieser Rückgang wurde durch das höhere Angebot von Rind-, Schaf- und Pferdefleisch jedoch kaum aufgewogen. Daß der Fleischverbrauch geringer war, zeigen vor allem die Wiener Haushaltsstatistiken; danach betrug der Rückgang seit dem 1. Halbjahr 1951 15%. Je Kopf der Wiener Bevölkerung wurden in den letzten Monaten durchschnittlich 60 bis 65 *dkg* Fleisch und Wurst in der Woche verbraucht, gegenüber fast 70 *dkg* i. J. 1950 und 105 *dkg* i. J. 1937³⁾.

Zur Milderung der Fleischkrise hat das Wirtschaftsdirektorium am 29. Oktober beschlossen, daß — unter Beibehaltung der beiden fleischlosen Tage pro Woche — Schweine- und Kalbfleisch nur an einem Tag in der Woche verkauft werden darf; es hat ferner

bezüge stellen dagegen die vom Marktamt gemeldeten Zufuhren von Schweinen und Kälbern seit Sommer nur einen (sich ständig verschiebenden) Teil der Gesamtlieferungen dar.

³⁾ Siehe auch Nr. 4 der Monatsberichte, Jg. 1951, S. 198 ff „Wiens Fleischverbrauch im Jahre 1950“.

die Verarbeitung von Schweinefleisch zu Wurst geregelt und die Belieferung der Produzenten mit verbilligtem Mais von der Marktbelieferung mit Schweinen abhängig gemacht.

Die zeitliche Beschränkung des Verkaufs von Schweine- und Kalbfleisch sowie die Reduzierung der Zahl der Wurstsorten werden (soweit die Vorschrift eingehalten wird) wohl die Nachfrage drosseln. Das legale Angebot wird jedoch kaum steigen, da auch die Neuregelung den Produzenten keinen Anreiz zur legalen Marktbelieferung bietet (siehe Abschnitt *Land- und Forstwirtschaft*).

Der Viehverkehrsfonds hat für 1951/52 einen Plan für den Import von 18.000 t Fleisch aufgestellt. Für 1950/51 waren 22.000 t vorgesehen, tatsächlich wurden jedoch nur rund 8.000 t eingeführt. Auch der heurige Einfuhrplan hat eine wenig realistische Grundlage. Das derzeitige gesamte österreichische Importprogramm für 1951/52, das noch immer mit einer ERP-Hilfe von 140 Mill. \$ rechnet, sieht Fleischeinfuhren für 8,5 Mill. \$ vor, womit nur etwa 15.000 t Fleisch gekauft werden könnten. In Wirklichkeit wird die ERP-Hilfe sehr viel niedriger sein, so daß auch die Fleischimporte (besonders aus den Weststaaten) wahrscheinlich gesenkt werden müssen.

In den Oststaaten hingegen bestehen nach wie vor Lieferschwierigkeiten. So sollen nach dem Importplan aus Ungarn 60.000 Schweine und größere Mengen Rinder (aus Ungarn, Rumänien und Jugoslawien zusammen 15.000 Stück) eingeführt werden. Tatsächlich jedoch hat Ungarn im neuen Handelsvertrag nur die Lieferung von 25.000 Schweinen und 2.000 Rindern (allerdings erst i. J. 1952) zugesagt. Ähnliche Lieferschwierigkeiten bestehen nach den Erfahrungen der letzten Monate auch in anderen osteuropäischen Ländern. Insbesondere Schweine sind sehr schwer erhältlich¹⁾.

Obwohl auch in der 85. Zuteilungsperiode (8. Oktober bis 4. November 1951) 1.733 t *Importschmalz*²⁾ zur Deckung der Rationen an den Handel ausgeliefert wurden, konnten nicht alle Konsumenten ihre Zuteilung erhalten. Viele Kaufleute haben näm-

¹⁾ Der Importbedarf von 18.000 t wurde auf Grund eines Bedarfs der Nichtselbstversorger von 196.000 t und einer inländischen Marktproduktion von 178.000 t errechnet. Sollte die Landwirtschaft die ursprünglich vorgesehenen 184.000 t aufbringen (die Entwicklung in den letzten Monaten läßt das nicht erwarten), würde sich der Importbedarf auf 12.000 t vermindern.

²⁾ Tatsächlich übersteigt diese Menge den Bedarf bei einer Ration von 30 dkg je Verbraucher um etwa 8%, da die Bevölkerungszahl, auf die sich die Bedarfsberechnung stützt, um nahezu 3% über dem Ergebnis der Volkszählung liegt, und man außerdem zur Erleichterung der Verteilung um 5% mehr ausgibt.

lich in der Annahme, daß die Bewirtschaftung von Importschmalz (wie ursprünglich vorgesehen war), mit Ende der 84. Zuteilungsperiode aufgehoben sei, die Ware frei verkauft und dadurch die gleichmäßige Verteilung gestört. Außerdem entsprach die Verteilung des Angebots vielfach nicht der Streuung des Bedarfs³⁾.

Die erfaßte Marktproduktion von *Milch* bleibt auch nach der Preiserhöhung noch hinter dem Vorjahr zurück. Im Juli wurde zwar vorübergehend der Vorjahresstand erreicht, im August und September war die Marktleistung jedoch wieder um durchschnittlich 7% niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Es ist kaum anzunehmen, daß die Produktion geringer ist, sondern eher, daß der Direktabsatz infolge des größeren Fremdenverkehrs in diesem Sommer zugenommen hat und bei erhöhter Buttererzeugung im landwirtschaftlichen Haushalt viel Magermilch weiterhin verfüttert wird.

Der Rückgang der Milchlieferung beeinträchtigte nach wie vor am stärksten die *Butter*versorgung. Während in den Monaten Juli bis September an Trinkmilch um 3% und an Käse um 4% weniger auf den Markt gekommen ist als vor einem Jahr, hat die Butterproduktion um 8% abgenommen. Obwohl seit der Preiserhöhung auch Importbutter (von Juli bis September wurden 616 q vorwiegend aus Ungarn eingeführt) unmittelbar an Konsumenten abgegeben wurde⁴⁾, war Butter weiterhin knapp und teilweise auch zu Überpreisen (40 bis 45 S je kg, das sind 114 bis 127% der legalen Preise) noch leicht absetzbar.

Dagegen war das Angebot von *Käse* trotz geringerer Marktproduktion und erhöhter Nachfrage (insbesondere infolge des Fleischmangels) ausreichend, da heuer von Juli bis September ein Einfuhrüberschuß von 806 q erzielt wurde, während in der gleichen Zeit des Vorjahres wegen der Absatzschwierigkeiten im Inland um 854 q mehr aus- als eingeführt wurden.

³⁾ Um die Streuung des Bedarfs festzustellen, wird Importschmalz für die 87. Zuteilungsperiode vorbestellt. Man denkt auch daran, die Rückverrechnung der Marken (wie bei den anderen bewirtschafteten Fettarten) wieder einzuführen.

⁴⁾ Seit Anfang dieses Jahres wurde aus Mangel an Subventionsmitteln Importbutter zu einem einheitlichen, nicht subventionierten Preis (Kleinhandelseinstandspreis 31'60 S je kg) an Fremdenverkehrsbetriebe abgegeben. Aus dem eventuellen Überschuß des festgesetzten gegenüber dem kalkulierten Preis hätte der Konsumentenpreis (bei Direktabsatz) gestützt werden sollen. Dazu kam es jedoch praktisch kaum. Da der Kleinhandelseinstandspreis derzeit für Teebutter 32'35 S, für Tafelbutter 31'35 S je kg beträgt und sich die Importpreise nicht erhöht haben, ist nunmehr auch beim Direktabsatz an Konsumenten keine Preisstützung erforderlich.

Nur die Marktproduktion von *Topfen* war bedeutend höher als im Vorjahr, teils weil mehr Sauer-
milch angefallen ist, vor allem aber weil die Erzeu-
gung von *Topfen* durch die Neuregelung der Preise
rentabler geworden ist als die von *Käse*¹⁾.

Marktleistung und Verwendung von Milch¹⁾

	Markt- leistung Milch insg.	Trinkmilch	davon		
			Butter in t	Käse	Topfen
1950 VII.	74.128	41.024	1.189'9	800'1	286'5
VIII.	77.518	40.583	1.430'8	781'6	343'7
IX.	74.798	39.190	1.492'9	656'2	289'8
∅ VII.—IX.	75.481	40.266	1.371'2	746'0	306'7
1951 VII.	74.062	40.089	1.204'5	758'5	444'7
VIII.	72.015	38.659	1.270'7	769'2	443'3
IX.	70.130	38.284	1.317'2	625'6	464'8
∅ VII.—IX.	72.069	39.011	1.264'1	717'8	450'9

¹⁾ Nach Angaben des Milchwirtschaftsfonds; vorläufige Zahlen.

Von Juli bis September wurde etwas weniger *Obst* (um 6%), aber mehr *Gemüse* und *Kartoffeln* (um 13%) nach Wien geliefert. Besonders reichlich wurden Salat, Karotten und Zwiebeln²⁾ angeboten, so daß sie zeitweise billiger waren als im Vorjahr. Die übrigen Gemüsepreise sind relativ gestiegen, da die Nachfrage wegen der knapperen Fleischversorgung zugenommen hat. *Obst* war (ausgenommen Zwetschken und ausländische Weintrauben) um 50% und mehr (Äpfel) teurer als im Vorjahr. Die Preise erhöhten sich im Oktober noch mehr, da die Anlieferungen trotz höheren Importen allgemein unter den Vorjahresstand sanken. Die Kartoffelpreise, die bis Mitte Oktober gleich hoch waren wie im Vorjahr, lagen infolge geringerer Zufuhren (um 6%) und verstärkter Nachfrage zu Ende des Monats um durchschnittlich 25% darüber.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 531

Trockenheit verzögerte gebietsweise *Herbstackerung* und *Wintersaat*. Da Weizen vielfach noch nach Erdäpfeln und Rüben angebaut wird — er verträgt eine spätere Saat besser als Roggen —, und da in der Regel einem zu trockenen Oktober ein feuchter November folgt, wird man die restlichen Bestellungen

¹⁾ Durch das fünfte Preis-Lohn-Abkommen wurden die Verbraucherpreise für *Topfen* je nach Fettgehalt um 24 bis 38% erhöht (der Prozentsatz steigt allgemein mit dem Fettgehalt), die für *Käse* je nach Sorte jedoch nur um 15 bis 26%. Im Rahmen der Absatzmöglichkeiten wird die Erzeugung von *Topfen* daher der von *Käse* vorgezogen, zumal dafür auch Magermilch verwertet werden kann.

²⁾ Wegen der hohen Preise im Vorjahr wurde die Zwiebelproduktion heuer stark forciert. Da auch die Einfuhren höher waren, wurden von Juli bis Oktober 31.133 q Zwiebeln (davon 3.372 q aus dem Ausland) nach Wien geliefert gegenüber 19.458 q (davon 1.132 q aus dem Ausland) in der gleichen Zeit 1950.

arbeiten noch nachholen können. Allerdings kann heuer auch die *Winterfurche* erst nach Eintritt stärkerer Regenfälle gegeben werden, so daß die Landwirtschaft bei frühem Frostbeginn mit dem Abschluß der Feldarbeiten leicht in Verzug kommen könnte.

Ernte und Abfuhr der Hackfrüchte von den Feldern waren durch die trockene Witterung sehr begünstigt. Obwohl der Hektarertrag bei Frühkartoffeln sehr erheblich (schätzungsweise um 45%) und bei Spätkartoffeln geringfügig höher als im Vorjahr war, dürfte der *Kartoffelertrag* infolge kleinerer Ernteflächen heuer um über 100.000 t oder 5% niedriger sein. Bei *Zuckerrüben* ist dagegen der Hektarertrag im Durchschnitt um 10% niedriger als im Vorjahr. Da aber die Erntefläche um fast ein Drittel größer ist, kann ein Ertrag von 1'0 bis 1'1 Mill. t erwartet werden gegen 0'82 Mill. t im Jahre 1950. Zuckergehalt der Rüben (16'5 bis 17%) und Ausbeute (13'2 bis 13'6%) lassen heuer eine Produktion von 132 bis 136 kg Weißzucker je Tonne Rüben und insgesamt etwa 140.000 t Zucker (103.000 t im Vorjahr) erwarten. Der neue Zuckerrübenpreis liegt bereits fest, wurde jedoch noch nicht verlautbart. Die bisher geführten Verhandlungen lassen vermuten, daß man sich auf einen Grundpreis von 32 S je q bei einem Zuckergehalt von 15% geeinigt hat. Da der Zuckergehalt heuer größer ist, dürfte die Landwirtschaft 34 bis 35 S je q Rüben erzielen gegen 29 S im Jahre 1950.

Der Großhandelspreis für *Speisekartoffeln* (rund, gelb) ist im Oktober relativ stark gestiegen. Erfahrungsgemäß wird er nicht nur von der Ernte, sondern auch vom Umfang der Kartoffelverwertung in der Schweinemast beeinflusst. Der Bedarf an Futtererdäpfeln ist heuer größer, weil im September etwas mehr Jungschweine und schätzungsweise um 10% mehr Mastschweine vorhanden waren als im September 1950. Außerdem haben Kartoffeln als Futtermittel heuer auch einen höheren Wert, da der Schweinepreis stark gestiegen ist und Auslandsmais um 72% teurer wurde; so lag der Verwertungspreis bei der Mast unter Berücksichtigung der Preise für Ferkel, Futtergetreide, Kraftfutter (Magermilch) und Arbeitsaufwand im Oktober 1951 bei etwa 6 bis 7 S je 100 kg Erdäpfel gegenüber nur 4 bis 5 S im Herbst 1950. Solange für Speisekartoffeln kein höherer Preis geboten wird, wird das Angebot verhältnismäßig knapp bleiben. Im übrigen werden heuer auch mehr Erdäpfel als sonst von Landwirten aufgekauft, da verhältnismäßig große Anbauflächen in Niederösterreich nach dem Frühjahrsanbau überflutet wurden.

Das Problem der *Verteilung subventionierter Futtermittel* wird gegenwärtig noch immer diskutiert,

Während verbilligte Ölkuchen je nach Milchliefereung zugeteilt werden (5 kg je 100 Liter Milch), ist die Verteilung des verbilligten Maises heftig umstritten. Es wurde vorgeschlagen, um die Marktleistung zu heben, Mais nur jenen landwirtschaftlichen Betrieben zuzuteilen, die Schweine oder Brotgetreide auf die legalen Märkte bringen. Voraussetzung wäre allerdings, daß Auslandsmais in entsprechenden Mengen überhaupt eingeführt wird (die z. B. für Oktober angekündigten 80.000 t sind jedenfalls — bis auf eine Schiffsladung — nicht eingetroffen). Im übrigen wird man die Stoßwirkung der gelenkten Abgabe verbilligten Maises auf den Schweineauftrieb nicht überschätzen dürfen: Solange die Spanne zwischen dem amtlichen Höchstpreis für Lebend-Schweine ab Hof (12'50 S je kg) und dem effektiven Marktpreis ab Hof (16 bis 18 S Mitte Oktober) größer ist als der aus der Verfütterung subventionierter Futtermittel erzielbare Gewinn, dürfte der Anreiz, Schweine zu niedrigeren Festpreisen abzugeben, gering sein.

Laut Beschluß des Wirtschaftsdirektoriums vom 29. Oktober sollen in Zukunft bevorzugt nur jene landwirtschaftlichen Produzenten verbilligten Auslandsmais erhalten, die Schlachtschweine auf öffentlichen Märkten zu den festgesetzten Höchstpreisen aufbringen oder Schweine für den Eigenbedarf geschlachtet haben. Gleichzeitig wurde der bisherige Großhandelshöchstpreis für Lebendschweine auf dem Wiener Markt von 12'50 S auf 14'— S erhöht. Dieser neue Höchstpreis entspricht einem Erzeugerpreis ab Hof von 12'50 S gegen 11'— S bisher. Da je 100 kg abgelieferte Lebendschweine 300 kg Mais zur Verfügung gestellt werden, ergibt sich folgende Rechnung: 100 kg Lebendschwein bringen im Außermarktverkehr zur Zeit (Mitte Oktober) eine Mehreinnahme von 450 S (4'50 S je kg über Höchstpreis), 300 kg Auslandsmais verringern den Aufwand um 135 S (0'45 S je kg unter den Preisen für inländischen Mais, Weizen, Roggen und Gerste).

Holzeinschlag und Holzverschnitt im 1. Halbjahr 1951

Nach Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft wurden in Österreich im 1. Halbjahr 1951 4'15 Mill. fm *Derbholz* eingeschlagen, 2'3% mehr als im 1. Halbjahr 1950; davon entfielen 85% (im Vorjahr 86%) auf Nadelholz, 15% (14%) auf Laubholz. 2'79 Mill. fm oder 67% (68%) waren Nutzholzsorten, der Rest Brennholz. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Nutzholzeinschlag um 1%, der Brennholzeinschlag um 5%. Die im Long-Term-Programm geforderte Einschränkung der Holznutzungen konnte somit nicht erreicht werden. Daß man heuer mehr Brennholz fällt, ist auf die Kohlenverknappung und die steigenden Preise für Brennholz zurückzuführen. Überdies fällt noch ins Gewicht, daß man neuerdings einen Teil geeigneten Brennholzes aussortiert, entrindet und als Schleifholz

weiterverkauft, das in der letzten Zeit stark gefragt und um 80 bis 100% höher als Brennholz bezahlt wird.

Vom geschlagenen Holz sollen 2'94 Mill. fm (71%) verkauft und 1'21 Mill. fm (29%) von den Waldbesitzern selbst verbraucht werden. Der kommerzielle Einschlag setzt sich zu 83% aus Nutzholzsorten (73% Stammholz und Derbstangen, 24% Schleifholz und Grubenholz, der Rest Schwellen, Maste und Zeugholz), der Einschlag für den Eigenbedarf zu 70% aus Brennholz zusammen. An Gerbrinde wurden für den Markt nur 3.156 t gegen 5.510 t im Vorjahr erzeugt, offenbar weil die gebotenen Rindenpreise zu niedrig waren.

Die Steiermark steuerte mit 22% das meiste Holz bei; es folgten Niederösterreich (21%), Oberösterreich (19%) und Kärnten (14%). Vom Nutzholz lieferte die Steiermark 23, Niederösterreich 20, Kärnten 18 und Oberösterreich 17%, vom Brennholz Niederösterreich 25, Oberösterreich 23 und die Steiermark 19%. Auf die Waldfläche bezogen war die Holzentnahme in Oberösterreich mit 19% bei einem Waldanteil von nur 13% am größten, in Tirol mit 9% bei 14% am kleinsten.

Nach Angaben des Bundesholzwirtschaftsrates haben die Sägen im 1. Halbjahr 1951 3'38 Mill. fm Laub- und Nadel-Rundholz verschnitten gegen 2'68 Mill. fm im 1. Halbjahr 1950 und 2'32 1'39 und 1'24 Mill. fm vom Jänner bis Juni 1949, 1948 und 1947. Entsprechend den erzielten Ausbeuteprozenten — sie schwankten in den Jahren 1947 bis 1951 von 65'1 bis 67'6% — stieg die erzeugte *Schnittholzmenge* von 0'83 Mill. m³ im 1. Halbjahr 1947 auf 2'20 Mill. m³ im 1. Halbjahr 1951 oder um 166%. Da die Sägeindustrie über das Bundesgebiet gut verteilt ist — Rundholz verfrachtet keine langen Frachtwege —, konnte das Holz in jenen Gebieten verschnitten werden, wo es gefällt wurde. Daher hat die Steiermark nicht nur den größten Nutzholzeinschlag, sondern auch den höchsten Holzverschnitt (21%) vor Kärnten (19%), Niederösterreich (18%) und Oberösterreich (15%).

Der Exportanteil von Schnittholz, Kisten und Holzhäusern an der gesamten Schnittholzerzeugung stieg von 7% im 1. Halbjahr 1947 auf 59% im 1. Halbjahr 1950. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1951 erreichte er nur 57%, da sich die Produktion stärker erhöhte als die Ausfuhr.

So erfreulich die gute Beschäftigung der Sägeindustrie ist — infolge hoher Überkapazitäten ist sie normalerweise nur ungenügend ausgelastet —, so bedenklich ist der hohe Verschnitt für die Holzbilanz. Selbst die FAO-Mission mußte im Jahre 1950 feststellen, daß Österreichs Sägeindustrie nur 3'5 Mill. fm Rundholz jährlich, in sechs Monaten also 1'75 Mill. fm zur Verfügung gestellt werden können, wenn nicht

Verarbeitung von Säge-Rundholz und Produktion von Schnittholz im 1. Halbjahr 1947 bis 1951¹⁾

Art	Mengeneinheit	1. Jänner bis 30. Juni				
		1947	1948	1949	1950	1951
Verarbeitung von						
Säge-Rundholz1.000 fm	1.240'1	1.388'0	2.324'5	2.680'4	3.375'5
davon Handelsschnitt	..1.000 fm	824'8	1.011'2	1.782'9	2.139'1	2.788'8
Lohnschnitt	...1.000 fm	415'3	376'8	541'6	541'3	586'7
Produktion von						
Schnittholz1.000 m ³	827'4	938'3	1.523'7	1.744'7	2.201'3
davon Handelsschnitt	..1.000 m ³	556'6	692'6	1.169'3	1.391'8	1.817'8
Lohnschnitt1.000 m ³	270'8	245'7	354'4	352'9	383'5
Ausbeute%	66'7	67'6	65'6	65'1	65'2
Ausführanteil ²⁾%	6'7	18'0	40'7	59'5	56'7

¹⁾ Nach Angaben des Bundesholzwirtschaftsrates. — ²⁾ Laub- und Nadel-schnittholz (ohne bebauetem Holz), Holzhäuser, Kisten und Obststeigen.

die Versorgung anderer Rundholzverbraucher (Papierindustrie, Bergbau) leiden oder die produktive Substanz der Wälder angegriffen werden soll. Tatsächlich lag jedoch die Rohstoffversorgung infolge von Mehreinschlägen von Jänner bis Juni 1949, 1950 und 1951 um 33, 53 und 93 % höher. Ob allerdings das Mißverhältnis zwischen Holzeinschlag und Holzzuwachs wirklich so groß ist, wie vielfach behauptet wird — der (geschätzten) Ernte von 10 bis 12 Mill. fm soll ein Zuwachs von nur 7 bis 8 Mill. fm gegenüberstehen —, ist freilich nicht bewiesen; um so wichtiger ist es, daß man die nun endlich doch begonnene *Inventur der Wälder* systematisch und ohne Unterbrechung durchführt¹⁾.

Trotz hohen Schlägerungen und rückläufigen Holzexporten — die Ausfuhr von Nadel-Schnittholz (einschließlich Holzhäuser, Kisten und Obststeigen) sank von 215.714 m³ im Monatsdurchschnitt Jänner bis Juli 1951 auf 201.765 und 154.875 m³ im August und September²⁾ — haben die Preise für Roh- und Schnittholz in den letzten Monaten weiter angezogen und das 17- (Säge-Rundholz), 13- (Schleifholz), 9- (Schnittholz) und 8fache (Brennholz) der Preise von

¹⁾ Seit rund 200 Jahren gab es in Österreich keine allgemeine Waldstandsaufnahme. Während des letzten Krieges wurde sie zwar begonnen, jedoch nicht fertiggestellt. Die staatlichen und privaten Großforste besitzen zwar gute Statistiken über die stockende Holzmasse, das Altersklassenverhältnis und den Holzzuwachs, die auch auf dem laufenden gehalten werden, die Bauernwälder dagegen nicht.

²⁾ Im einzelnen wurden nach den Angaben des Bundesholzwirtschaftsrates im September 1951 19.210 m³ Nadel-Schnittholz (gegen 209.915 m³ im Monatsdurchschnitt Jänner bis August), 704 (1.539) m³ Holzhäuser, 4.961 (2.516) m³ Kisten und Obststeigen, 2.379 (3.986) m³ Laub-Schnittholz, 2.103 (5.516) fm Grubenholz, 19.768 (27.906) m² Hartfaserplatten und 230.109 (267.032) m² Holzfaserbau- und Isolierplatten ausgeführt. Um die Erzeugungskosten der Holzhaus- und Kistenindustrie zu senken und sie am Weltmarkt wieder wettbewerbsfähig zu machen, hat man diesen Betrieben Holzkontrollscheine zugewiesen. Bereits früher wurden entgegen dem ursprünglichen Sinn der Holzkontrollscheinregelung auch dem Bergbau Holzkontrollscheine zugewiesen, damit er Grubenholz billiger kaufen könne.

1937 erreicht. Die feste Preistendenz ist teilweise auf eine erhöhte Inlandsnachfrage infolge der intensiven Bautätigkeit zurückzuführen.

Holzpreise¹⁾

Zeit	Säge-Rundholz media 3 a S je fm Ø 1937 = 100		Schleifholz media 1 b S je fm Ø 1937 = 100		Brennholz harte Scheiter S je rm Ø 1937 = 100		Schnittholz O-II Breitware S je m ³ Ø 1937 = 100	
	1950 VII.	148	752	115	662	80	513	409
VIII.	154	783	123	708	72	462	417	483
IX.	165	839	126	725	72	462	446	516
1951 VII.	308	1.566	228	1.312	100	641	703	813
VIII.	314	1.596	239	1.375	110	706	730	845
IX.	339	1.723	225	1.295	120	770	768	889

¹⁾ Preise für Fichte und Tanne sowie Buche (Brennholz) nach dem amtlichen Kursblatt der Wiener Börse (Brennholzpreise sowie Durchschnittspreise von 1937) und den Angaben des Landesholzwirtschaftsrates Steiermark, alles wagonverladen.

Um den Preisauftrieb zu unterbinden, wurde die Einführung einer Holz-Exportabgabe beantragt. Da die inländischen Holzpreise das Niveau der Weltmarktpreise annähernd erreicht haben, würde sie wahrscheinlich die Ausfuhr stark verringern und die inländischen Holzpreise senken. Auf der anderen Seite ist aber nicht zu übersehen, daß auch der Inlandsbedarf, vor allem die Nachfrage nach Schleifholz und Grubenholz infolge erhöhter Papier-, Zellwolle- und Bergbauproduktion in der letzten Zeit stark gestiegen ist, so daß sich ein Preisdruck von der Exportseite her voraussichtlich nur schwach auswirken wird.

Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 532—533

Im September war die gesamte Stromerzeugung um 15,2% niedriger als im Vormonat; sie betrug 489 Mill. kWh gegenüber 430 Mill. kWh im gleichen Monat 1950. Die Erzeugung der Wasserkraftwerke sank auf 356 Mill. kWh und war sogar um 5 Mill. kWh niedriger als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Während sie bei den Speicherwerken höher war als i. J. 1950 (Vergrößerung der Kapazitäten), ging die Laufwassererzeugung um so stärker zurück (Wasserdargebot).

Die Lage der Stromversorgung hat sich somit im September und Oktober erheblich verschlechtert. Wegen der anhaltenden Trockenheit ist die Erzeugung von Wasserkraftstrom seit Juli stark hinter den normalen Werten zurückgeblieben; sie sank schon im Oktober auf den für Dezember zu erwartenden Stand. Dementsprechend gingen die Anforderungen an die Dampfkraftwerke weit über das jahreszeitlich übliche Ausmaß hinaus. In den Monaten September und Oktober mußte bereits doppelt soviel kalorische Energie erzeugt werden, wie vorgesehen war (133 Mill. kWh im September 1951 gegen 69 Mill. kWh im Sep-

tember 1950), während die Wasservorräte in den Speichern stark sanken. Aus dem Limbergspeicher des Kraftwerkes Kaprun, der im Winterhalbjahr täglich eine Million *kWh* liefern sollte, wurden im Oktober oft zwei Millionen *kWh* täglich entnommen. Auch die Kohlenvorräte der Dampfkraftwerke, die zu Beginn der Winterperiode am 30. September 1951 nur mehr 218.000 t Kohle (SKB) betragen, das sind um 12% weniger als zur gleichen Zeit des Vorjahres, sind im Oktober weiter zurückgegangen.

Nach einer Vorausberechnung des Bundeslastverteilers würden die vorhandenen Kohlenvorräte zusammen mit den zugesagten Lieferungen von 85.000 t Stein- und 476.000 t Braunkohle von Oktober bis März knapp ausreichen, die bei Regelerzeugung der Wasserkraftwerke und geschätztem Verbrauch notwendige kalorische Strommenge zu erzeugen. Die Schätzung rechnet mit 843 Mill. *kWh* Dampfstromerzeugung, das sind um ein Drittel mehr als im Winterhalbjahr 1950/51. Selbst unter dieser Annahme würde aber die Ergänzung der Kohlenvorräte im nächsten Sommer sehr schwierig sein.

Inzwischen ist aber der Verbrauch viel stärker gestiegen, als geschätzt worden war, weil das Lastteilungsgesetz verspätet in Kraft gesetzt, der Verbrauch daher im Oktober noch nicht eingeschränkt werden konnte, die Erzeugung der Wasserkraftwerke um 40% hinter der normalen Jahresleistung zurückgeblieben ist und die Betriebe mit eigenen Wasserkraftanlagen ihren Strombezug aus dem Verbundnetz infolgedessen erhöhten.

Am 1. September begann ein durch Vertrag geregelter Stromimport aus Jugoslawien, wodurch sich der österreichische Import gegenüber den bisher unbedeutenden Werten der Vormonate auf rund 6 Mill. *kWh* erhöhte. Die aus dem Kraftwerk Unterdrauburg gelieferte Energie wird vor allem mit Erzeugnissen der Elektroindustrie bezahlt. Außerdem hat Jugoslawien den österreichischen Dampfkraftwerken 15.000 t Braunkohle angeboten. Die Stromausfuhr ging saisonmäßig um 47 Mill. *kWh* auf 89 Mill. *kWh* zurück.

Die Aussichten für den kommenden Winter sind daher nicht günstig, falls nicht durch mildes, niederschlagsreiches Wetter die Wasserkraftstromerzeugung wieder steigt. Selbst wenn es gelänge, die Kohlenlieferungen an die Dampfkraftwerke beträchtlich zu erhöhen, was angesichts der angespannten Kohlenlage schwierig ist, würden bei anhaltender Trockenheit stärkere Einschränkungen des Stromverbrauches unvermeidlich sein, weil die Kapazität der Dampfkraftwerke diesen Anforderungen nicht gewachsen ist. Das im Bau befindliche Dampfkraftwerk St. Andrä wird

erst im Frühjahr 1952 fertig und im Kraftwerk der Hütte Linz sind Ende Oktober zwei Generatoren mit zusammen 64.000 *kW* für längere Zeit (einer davon für fünf Monate) ausgefallen, wodurch die Kapazität dieses größten Dampfkraftwerkes Österreichs um 40% vermindert wird.

Um die Gefahr von Netzzusammenbrüchen zu bannen, wurde durch Verordnung des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe ab 1. November 1951 die Schaltstufe III aufgerufen. Von diesem Zeitpunkt an dürfen alle Betriebe mit einem Verbrauch von mehr als 5.000 *kWh* im Monat nur mehr die in ihrer Strombezugsenehmigung angeführten Mengen der Dringlichkeitsstufen 1+2+3 aus dem Verbundnetz beziehen. Die Gesamtsumme der in den einzelnen Dringlichkeitsstufen bewilligten Strommengen ist höher als im vergangenen Winterhalbjahr und geht sogar über die inzwischen erzielte Steigerung der Industrieproduktion hinaus.

Industriestromverteilungsplan 1951/52 für das gesamte

		Bundesgebiet				
		Mill. <i>kWh</i>				
Winterhalbjahr		Dringlichkeitsstufe				
		1	2	3	4	Insgesamt
1950/51.....	89'5	43'0	32'3	15'9		180'8
1951/52.....	96'6	50'0	53'9	18'1		218'6

Der Gesamtverbrauch in der eben aufgerufenen Schaltstufe III (Dringlichkeitsstufen 1+2+3) ist mit 200'5 Mill. *kWh* um 22% größer als im Winterhalbjahr 1950/51.

Gleichzeitig mit der Schaltstufe III wurde auch für die „Tarif“-Abnehmer (Haushalte, Gewerbe und Landwirtschaft) eine Stromverbrauchsregelung erlassen, die im wesentlichen den Bestimmungen vom Vorjahr entspricht. Die für Haushalte erlaubten Strombezüge sind nach der Personenzahl gestaffelt und liegen erheblich höher als der von den Wiener Elektrizitätswerken für einen Arbeiterhaushalt errechnete Durchschnittsverbrauch. Für Gewerbebetriebe wurde der Verbrauch im Winterhalbjahr 1949/50 als Höchstverbrauch bestimmt.

Reklame- und Schaufensterbeleuchtung ist bis auf weiteres gestattet, wird aber auf die erlaubte Höchstverbrauchsmenge angerechnet.

Die inländische Kohlenförderung ist im September weiter leicht gestiegen und erreichte mit 224.386 t (Steinkohlenbasis) die höchste Monatsleistung seit März 1951. In den ersten drei Quartalen des Jahres 1951 wurden 1.965.604 t Kohle (Steinkohlenbasis) gewonnen, das sind um 16'0% und 28'3% mehr als in der gleichen Zeit der Jahre 1950 und 1949.

Die Steigerung der Inlandsförderung hat bisher ausgereicht, den Rückgang der Kohleneinfuhr

auszugleichen. In den ersten drei Quartalen dieses Jahres standen der österreichischen Wirtschaft 5,326.406 t Kohle (SKB), gleichviel wie in der gleichen Zeit des Vorjahres zur Verfügung, obwohl die Einfuhren in der gleichen Zeit um 5,7% zurückgegangen sind.

Der Ausgleich war allerdings nur durch die unerwartet rasche Abwicklung der Einfuhren aus den USA möglich, da der Rückgang der Einfuhren aus den europäischen Lieferländern durch die inländische Mehrförderung nicht hätte gedeckt werden können.

Die gesamten Kohleneinfuhren waren in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 217.447 t (5,7%) geringer als in den ersten drei Quartalen des Jahres 1950. In der gleichen Zeit sind aber die Einfuhren aus Westdeutschland um 8,2%, aus der Tschechoslowakei um 15,8% und aus Polen sogar um 35,8% gesunken. Nur die Einfuhr aus dem Saarrevier blieb konstant. Der starke Rückgang der Einfuhr aus den traditionellen Lieferländern (um 497.251 t) konnte nur teilweise durch die im Juli 1951 einsetzenden Importe aus den USA (bis Ende September insgesamt 279.804 t Steinkohle) und durch verstärkte Kompensationsgeschäfte mit Ostdeutschland (Braunkohlenbriketts) ausgeglichen werden.

Trotz der gegenüber dem Vorjahr gleich gebliebenen Gesamtmenge hat sich die Belieferung der einzelnen Hauptverbrauchergruppen ziemlich stark geändert. Der mit der Produktionsausweitung steigende Bedarf der Industrie wurde durch eine 12,5%ige Erhöhung der Industriebelieferung (bezogen auf die ersten neun Monate der Jahre 1950 und 1951) berücksichtigt. Den Dampfkraftwerken wurden um 8,9% und der Kokerei Linz um 2,7% mehr Kohle zur Verfügung gestellt. Alle übrigen Hauptverbrauchergruppen aber erhielten weniger Kohle als im Vorjahr, und zwar der „Hausbrand“ um 11,6%, der Verkehr um 1,4% und die Gaswerke um 18,6%.

Kohlenversorgung Österreichs in den ersten drei Quartalen 1950 und 1951

	I. bis III. Quartal 1950 in t (SKB)	I. bis III. Quartal 1951	1951 in % v. 1950
Bezug:			
Inland	1.456.529	1.765.671	121,2
Ausland	3.805.897	3.560.740	93,6
Insgesamt	5.262.426	5.326.411	101,2
Lieferung:			
Verkehr	906.420	893.478	98,6
Stromerzeugung...	319.281	347.836	108,9
Gaswerke	514.755	419.193	81,4
Industrie	2.405.317	2.705.614	112,5
Kokerei Linz.....	993.354	1.020.402	102,7
Hausbrand	1.172.718	1.036.825	88,4

Die Kohleneinfuhren waren im September mit 417.319 t (SKB) um 16.500 t niedriger als im August. Der amerikanische Anteil an der gesamten Einfuhr

betrug 30,8%. Die Ruhrkohlenimporte waren um 26.000 t niedriger als im Vormonat; aus den Oststaaten kamen 147.062 t (35,2%).

Zusammen mit den Lieferungen des inländischen Kohlenbergbaues standen der österreichischen Wirtschaft im September 593.474 t Kohle (SKB) zur Verfügung, das sind um 6,3% weniger als im August.

Industrieproduktion

Dazu statistische Übersichten S. 534-539

Im August entwickelte sich die Industrieproduktion uneinheitlich. Während die Erzeugung dauerhafter Güter leicht zurückging (-0,2%), nahm die Konsumgüterproduktion nach den Urlauben wieder zu.

Der Gesamtindex der Industrieproduktion war im August mit 165,8% von 1937 um 0,9% höher als im Vormonat. Da der Beschäftigtenindex um 1,2% gestiegen ist, blieb der Produktivitätsindex praktisch unverändert.

Die Bergbauproduktion nahm im September um 2,6% zu.

Die Produktion der Magnesitindustrie stieg im September um 3,5% auf 221,8% von 1937. Während mehr Sintermagnesit und Kauster erzeugt wurde, ging die Produktion von Rohmagnesit und Steinen etwas zurück.

Der Produktionsindex der eisenschaffenden Industrie sank im September um weitere 4%. Die Produktion war durchwegs niedriger als im August, vor allem die von Walzware und Rohstahl. Größte Sorgen bereitet derzeit die Schrottversorgung. Die deutschen Lieferungen sind äußerst gering und die Vorräte reichen nur mehr für wenige Monate.

Die Produktion der Eisenhütten Österreichs war in den ersten neun Monaten 1951 höher als in der gleichen Vorjahreszeit. So erhöhte sich die Produktion von Roheisen um 18%, Rohstahl um 11%, Walzware um 10% und Preß- und Hammerwerkserzeugnissen um 18%.

Der Mangel an Walzwaren wird wegen notwendiger Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten an Walzwerksanlagen noch verschärft werden.

Die Auftragsbestände für Kommerzeisen steigen ununterbrochen. Dementsprechend werden die Lieferfristen immer länger und betragen gegenwärtig über ein Jahr.

Die neue kontinuierliche Knüppelstraße in Donauitz soll Ende des Jahres mit der Produktion beginnen.

In den Metallhütten ist die Produktion im August um 3,3% zurückgegangen. Vor allem die Erzeugung von Weichblei war um 39% niedriger als im

Vormonat. Die Aluminiumproduktion hat mit 4.194 t im Berichtsmonat den höchsten Jahreswert erreicht. Die Stromzuteilung an Ranshofen, die schon im September gekürzt worden war, wurde am 1. Oktober auf 27 MW und am 22. Oktober auf 15 MW herabgesetzt.

Bei den VÖEST ist die Errichtung einer Pechkoksanlage geplant, um die österreichische Aluminiumindustrie von der Einfuhr des kostspieligen Petrolkoks unabhängig zu machen.

Die Produktion der Gießereindustrie holte in allen Sparten wieder um insgesamt 8,1% auf. Grau-, Stahl- und Temperguß erreichten im August ihre Jahreshöchstleistung.

In der Fahrzeugindustrie wurde ein starker Rückgang in der Erzeugung von Personenkraftwagen durch die Mehrerzeugung in allen anderen Sparten beinahe wettgemacht, so daß sich der Index nur um 0,6% verminderte.

Die Steyr-Werke haben mit den Turiner Fiatwerken ein neues Assemblingabkommen für drei Jahre getroffen, das neben einem weiteren Zusammenbau von Fiat-Personenkraftwagen der Typen 1100 und 1400 die Montage des „Topolino“ und ab Sommer 1952 den Bau eines leichten Lastkraftwagens von 1,5 t vorsieht.

Der Index der Maschinenindustrie sank im August auf 206,4% von 1937 (-8,5%). Die Entwicklung war in den einzelnen Zweigen sehr verschieden.

In der Waggonindustrie herrscht weiter Hochkonjunktur, sowohl dank Aufträgen aus dem Ausland (Indien, Uruguay, Kolumbien, Ägypten und der Türkei) als auch aus dem Inland.

In den Jenbacher Werken soll im nächsten Jahr durch den Bau einer neuen Montagehalle sowie den Ausbau der Gießerei die Produktion weiter gesteigert werden.

Die Produktion von Sensen und Sicheln sank im August auf den bisher tiefsten Stand.

In der Elektroindustrie fiel vor allem die Mehrerzeugung von Radioapparaten, isolierten Leitungen, Bleikabeln und Glühbirnen auf; sie erhöhte den Index um 7,9%.

Der Index der chemischen Industrie ging im Berichtsmonat besonders stark zurück (-19,7%). Die Erzeugung von Kautschukwaren sank um 42%. Aber auch an Seife und Waschmitteln, Ätznatron, Chlor und so weiter wurde weniger erzeugt.

In Linz haben die Stickstoffwerke eine neu errichtete Turm-Schwefelsäureanlage auf Anhydritbasis in Betrieb genommen. Damit soll vorläufig der Eigenbedarf des Werkes gedeckt werden. An einen Verkauf wird erst später gedacht. Auch für die neue

Ammonsulphatproduktion sind die Betriebsbauten fertiggestellt und die Montage der Anlagen schon weit fortgeschritten.

Die Produktion von Kalkammonsalpeter hat im III. Quartal dieses Jahres 111.000 t betragen, gegen 86.000 t im gleichen Zeitraum des Vorjahres (+29%). Die Exportlieferungen waren um 11.928 t höher als im Vorjahr. Für das Düngejahr 1951/52 hat die europäische und überseeische Kundschaft bereits beachtlich große Dispositionen getroffen. Polen hat 50.000 t, Frankreich 20.000 t bestellt.

Die Österreichischen Stickstoffwerke sind weiterhin bemüht, auch ihre Produktion von Pharmazeutika auszubauen. Besondere Erfolge werden in der Entwicklung moderner Verfahren zur Herstellung von Sulfonamiden verzeichnet.

Der Index der Baustoffindustrie stieg weiter um 6,4% und erreichte 281,9% von 1937. Die Ziegelproduktion hat saisonbedingt weiter zugenommen. Bei den Werken der Wienerberger Ziegelfabrik A. G. wurde wegen der Schwierigkeiten in der Brennstoffbeschaffung ein Dampfkessel von Kohle auf Schweröl umgestellt. In Niederösterreich versucht man auch einen Teil der Kalköfen auf Ölfeuerung umzustellen. Die Zementerzeugung ging zum erstenmal stärker zurück. Die bisherige Gesamtproduktion liegt aber merklich über dem Vorjahr.

Die Produktion kann die hohe Nachfrage nach Ziegeln nur knapp befriedigen.

Die Papiererzeugung ging im September um 2,2% auf 107,7% von 1937 zurück. Insbesondere der Ausstoß von Holzschliff, Rotationspapier, Zellulose und graphischen Papieren war niedriger als im August.

In der österreichischen Papierindustrie werden demnächst weitere neue Anlagen in Betrieb genommen. So wurde in Frohnleiten eine neue Kartonmaschine samt zugehörigem Maschinenpark aufgestellt, die jährlich 18.000 t Karton erzeugen wird. Die bisherige Jahresproduktion Österreichs belief sich auf bloß 16.000 t. In Wels wird demnächst eine neue Papiermaschine zu arbeiten beginnen, die 5.000 bis 6.000 t Packpapier jährlich erzeugt. Eine 360 cm breite Selbstabnahmemaschine läuft bereits. In der Lenzinger Zellulose- und Papierfabrik wird ein fünfter Kocher montiert, um die Zellstoffherzeugung zu steigern.

Die Erzeugung der Textilindustrie, die im Juli infolge Betriebsstillegungen durch Kollektivurlaube gesunken war, ist im August wieder (um 19,1%) gestiegen.

Die inländischen Baumwollgarnpreise wurden in der letzten Zeit gesenkt. Es wird daher in der näch-

sten Zeit möglich sein, billigere Stapelartikel aus Baumwolle auf den Markt zu bringen.

Auch die Zellwollproduktion ist leicht gestiegen und verbesserte den vormonatlichen Höchststand. Die Tagesproduktion beträgt durchschnittlich 120 t. Die Versorgung mit Chemikalien und Zellulose ist gesichert. Im Exportgeschäft hat die übergroße Nachfrage etwas nachgelassen. Trotzdem ist Lenzing mit seiner vollen Produktion bis Ende Mai 1952 ausverkauft.

Die Leder- und Schuherzeugung hat im August wieder um 36,5% zugenommen und damit den vormonatlichen Rückgang beinahe ausgeglichen. Vor allem die Erzeugung von Lederschuhen und Hausschuhen hat saisongemäß stark zugenommen (+81% bzw. +50%), während die von Textilschuhen, Tennisschuhen und Überstiefeln zurückging.

Die Lage auf dem Ledermarkt hat sich in letzter Zeit dank größeren Importen etwas entspannt. Nach einer vorübergehenden Hausse ist der internationale Leder- und Häutemarkt wieder schwach. Die Versorgung nicht nur mit ausländischen, sondern auch mit inländischen Rohhäuten ist gegenwärtig ziemlich gut. Der Lederabsatz bleibt gegenüber dem Vorjahr zurück. Wenn sich die Herbstkonjunktur nicht bessert, ist möglicherweise mit einem Abbröckeln der Preise zu rechnen.

Die Nahrungs- und Genußmittelerzeugung war um 7% höher als im Juli. Die Betriebe der Obst- und Gemüseverwertungsindustrie können nur schwer den Bedarf an Äpfeln zur Herstellung von Marmelade und Süßmost decken, da die Apfelernte sehr ungünstig war. Die Fruchtsaftindustrie wird Himbeer-Rohsaft aus dem Ausland einführen. Brennzwetschen wurden aus Jugoslawien importiert.

Die Erzeugung von Tabakprodukten ging im September um 10,1% zurück.

Umsätze

Dazu statistische Übersichten S. 540

Die Herbstsaison des Einzelhandels hat nur zögernd begonnen. Seine Umsätze stiegen im September insgesamt nur um 9% (statt, wie saisonüblich, um 20 bis 30%) und waren in einzelnen Branchen sogar niedriger als im August. Auch das Umsatzvolumen vom September 1950, das allerdings durch die KoreaHausse und das damals erwartete vierte Preis-Lohn-Abkommen besonders begünstigt war, wurde im Durchschnitt nicht erreicht. Die Zurückhaltung des Publikums ist teils durch die übersaisonnmäßigen Käufe von Juni bis August bedingt, teils durch die außergewöhnliche Schönwetterperiode, die die Herbststeinkäufe aufschob. Außerdem haben auch

die Tariferhöhungen ab September sowie sekundäre Preissteigerungen die Kaufkraft geschwächt.

Da der Handel, nach den umfangreichen Inlandsaufträgen auf der Wiener Herbstmesse, mit einem anhaltend guten Geschäftsgang rechnete und entsprechende Lagerdispositionen traf, haben die schwachen Umsätze im September seine Liquidität beträchtlich verringert. Dies wiegt um so schwerer, als Großhandel und Industrie infolge der Kreditrestriktionen die Zahlungsziele verkürzen.

Die ungenügende Versorgung des Inlandsmarktes mit Eisen, Metallen und Papier erschweren die Produktion der Verarbeitungsbetriebe und beschränken das Sortiment des Einzelhandels. In den übrigen Branchen ist jedoch das Angebot weiterhin sehr reichhaltig.

Von dem schleppenden Beginn der Herbstsaison war der Umsatz von Textilien und Schuhen noch am wenigsten betroffen. Die Umsätze von Textilien nahmen gegenüber August um 35% zu (saisonnmäßig 40 bis 60%), allerdings auch infolge Preiserhöhungen¹⁾. Die Erlöse vom September 1950 wurden nur um 8% überschritten, weil sich die Nachfrage zunehmend auch auf mittlere Qualitäten (Mischware) verlagert, deren Erzeugung im letzten Jahr stark verbessert wurde²⁾. Zum Teil verursachten auch die sinkenden Preise für Textilrohstoffe auf den Weltmärkten eine gewisse Zurückhaltung der Käufer. Allein im Schuhhandel setzte das Herbstgeschäft voll ein. Die Umsätze stiegen übersaisonnmäßig um 32% und überschritten auch mengenmäßig die des Vorjahres. Bevorzugt wurden vor allem Trotteurschuhe. Der Handel erwartet daher von der Zusage der Industrie, auch nach Beendigung des ERP-Schuhprogrammes verbilligte Schuhe zu erzeugen, ein günstiges Geschäft.

In den meisten übrigen Branchen blieb der Geschäftsgang erheblich hinter den Saisonserwartungen zurück; abgesehen von Tabakwaren wurden die Mengenumsätze vom September 1950 nicht erreicht. Die Umsätze von Nahrungsmitteln stiegen auch nach dem Ende der Urlaubssaison und trotz einzelnen Preiserhöhungen nur um 4% (im Vorjahr um 13%). Auch die Zunahme der Käufe von Möbeln, Teppichen, Gardinen (+ 21%) war untersaisonnmäßig (sonst + 40 bis 50%). Bei Papierwaren wirkte sich der Schulbeginn schwächer aus als üblich (+ 18% gegenüber + 26%

¹⁾ Da der Textileinzelhandel die Lagerbestände in der Regel zu den alten Preisen abverkauft, wirken sich die letzten Preiserhöhungen nicht überall gleichzeitig aus.

²⁾ Die starke Bevorzugung hochwertiger Qualitäten sowohl in der Textil- als auch in anderen Branchen beruhte bisher teilweise darauf, daß die Erzeugung guter, preiswerter Mittelqualitäten vernachlässigt wurde.

im September 1950). Die Umsätze von *Hausrat, Glas, Porzellan* sowie von *Parfumerie- und Drogeriewaren* sanken sogar um 9 und 2%.

Die Einnahmen an *Umsatzsteuer* (einschließlich Bundeszuschlag) nahmen im September um 30% zu; sie waren fast doppelt so hoch wie im Vorjahr. Wie weit sich dabei die Erhöhung der Umsatzsteuersätze ab 1. August auswirkt, ist schwer festzustellen, da die verschiedenen Sätze nicht im gleichen Ausmaß erhöht wurden¹⁾ und keinerlei Anhaltspunkte über die diesbezügliche Struktur der Umsätze vorliegen.

An *Verbrauchssteuern* gingen im September 134 Mill. S ein, um 13% weniger als im Vormonat, aber fast gleichviel wie im September 1950. Gegenüber August haben vor allem die Einnahmen aus der Mineralölsteuer (-55%), Zuckersteuer (-12%), Weinsteuer (-11%) und Tabaksteuer (-5%) abgenommen.

Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten S. 541—545

Die Zahl der *Beschäftigten* stieg auch im September noch leicht, nämlich um 1.100 Personen (hauptsächlich Frauen); zur gleichen Vorjahreszeit betrug die Zunahme 8.200 Personen. Die gesamte Beschäftigung erreichte dadurch mit 2.048.200 Personen einen neuen Höchststand, der um 47.100 über dem Stand von September 1950 liegt. Die Beschäftigung stieg besonders stark in Wien (+8.100 Beschäftigte), während sie in den übrigen Bundesländern, mit Ausnahme Nieder- und Oberösterreichs, etwas zurückging.

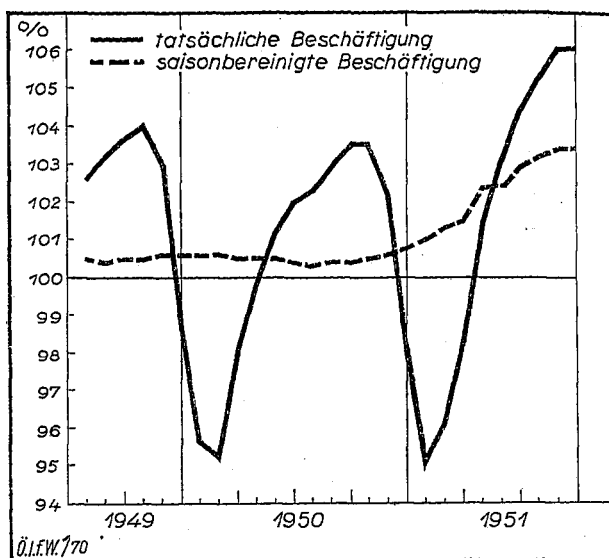
Die Beschäftigung in der Industrie erhöhte sich in allen Zweigen, die vorwiegend für Export, Bau und Investitionen arbeiten; dagegen zeigen die auf den heimischen Konsum angewiesenen Industrien kein einheitliches Bild. So stand der Beschäftigtenindex der Arbeiterkammer (der 1.678 repräsentative Betriebe im ganzen Bundesgebiet und in allen Wirtschaftszweigen erfaßt) im August 1951 um nahezu sechs Prozent höher als im August 1950, während z. B. der Beschäftigtenindex für die graphische Industrie, die Nahrungsmittelindustrie und den Handel unverändert geblieben war.

Das trockene und milde Oktoberwetter kam der noch immer lebhaften Baukonjunktur zugute, so daß

¹⁾ Der allgemeine Steuersatz wurde um 50% erhöht (einschließlich Bundeszuschlag von 3% auf 4,5%), der für den begünstigten Großhandel um 100% (von 0,75% auf 1,5%), der erhöhte Steuersatz (Einzelhandel mit Jahresumsatz über 1 Mill. S) um 20% (von 3,75% auf 4,5%), während der ermäßigte Steuersatz für landwirtschaftliche Produkte unverändert blieb (1,5%). Außerdem wurde der Kreis der begünstigten Waren vergrößert. Im Durchschnitt wird man wohl mit einer Erhöhung um 40 bis 50% rechnen können.

Beschäftigung in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe

(Normaler Maßstab; 1948 = 100)



Die Beschäftigung, die in den Jahren 1948 bis 1950 — abgesehen von saisonmäßigen Schwankungen — auf annähernd gleichem Niveau blieb, zeigt seit Beginn dieses Jahres eine deutlich steigende Tendenz. Sie ist vor allem der Zunahme der Beschäftigung im Baugewerbe und den durch die Export- und Investitionskonjunktur begünstigten Wirtschaftszweigen zu danken.

Beschäftigtenstand in 1.678 repräsentativen Betrieben Österreichs im August 1951

(August 1950 = 100)

	%
Bergbau, Salinen	106
Industrie in Steinen, Erden, Glas	107
Baugewerbe	105
Elektrizitätswerke	104
Eisen- und Metallindustrie	105
Holzindustrie	111
Lederindustrie	103
Textilindustrie	109
Bekleidungsindustrie	115
Papierindustrie	111
Graphische Industrie	100
Chemische Industrie	104
Nahrungsmittelindustrie	100
Hotel-, Gast- und Schankgewerbe	101
Handel	100

Insgesamt... 106

— wie im Vorjahr — der hohe Beschäftigungsgrad auch im Oktober im großen und ganzen anhalten dürfte. Im November jedoch wird ein erheblicher Rückgang nicht zu vermeiden sein, und nach Weihnachten wird er sich noch verstärken. Sein Ausmaß wird, wie wiederholt betont wurde, vor allem durch die Entwicklung in Bauwirtschaft und Export bestimmt werden. Maßnahmen zur Förderung der öffentlichen Bautätigkeit in den Wintermonaten wurden bereits getroffen, und die bestehenden Pläne sehen zumindest bis Jahresende die Beschäftigung

von rund 30.000 Bauarbeitern vor. Außerdem sollen aus dem Wohnhauswiederaufbaufonds 200 Mill. S so rechtzeitig freigegeben werden, daß sie ebenfalls noch die Winterbautätigkeit beleben können. Andererseits ist heuer ein Notprogramm, wie es im vorigen Jahr unter Beistellung von 158 Mill. S aus dem Counterpart-Fonds zustande kam¹⁾, nicht vorgesehen, da ECA-Gelder für diesen Zweck nicht mehr verfügbar sind. Die bereits getroffenen Vorkehrungen werden die Winterarbeitslosigkeit etwas mildern, doch ist es nicht sicher, ob sie angesichts der Ausweitung der Bauwirtschaft genügen, eine Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr zu verhindern. Das Wetter, im vergangenen Winter besonders günstig, wird auch eine entscheidende Rolle spielen.

Die Zahl der *Arbeitslosen* nahm im September um 2.300 (im Vorjahr um 3.200) ab und war mit 68.300 um 19.800 niedriger als im September 1950. Vor allem sank die Zahl der arbeitslosen Bekleidungsarbeiter (um 2.100 auf 4.800 Personen), die den niedrigsten Stand seit 1949 erreichte. Bei den anderen Berufen ergaben sich nur geringfügige Zu- oder Abnahmen.

In Wien, Nieder- und Oberösterreich und Vorarlberg ging die Arbeitslosigkeit im September zurück; in den anderen Bundesländern stieg sie etwas.

In der ersten Oktoberhälfte dagegen stieg die Arbeitslosigkeit schon in allen Bundesländern; die Zahl der verfügbaren Arbeitslosen erhöhte sich von 66.970 am 30. September auf 69.234 am 15. Oktober. Von diesen zusätzlichen 2.264 Arbeitslosen (1.185 Frauen) kamen nur 778 aus der Bau- und Baustoffindustrie.

Stärker als die Gesamtzahl der Arbeitslosen ging im August und besonders im September die Zahl der *unterstützten Arbeitslosen* zurück. Dies ist eine Folge des hohen Beschäftigungsgrades, aber auch der Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz, die im August in Kraft getreten ist und bestimmt, daß die *erstmalige* Inanspruchnahme der Arbeitslosenunterstützung nicht wie bisher schon nach einer Arbeitsdauer von 20 Wochen innerhalb der letzten 12 Monate, sondern erst nach einer Arbeitszeit von 52 Wochen innerhalb der letzten 24 Monate zulässig ist. Soweit die Arbeitslosenunterstützung bereits zum zweiten Male beansprucht wird, bleiben die bisherigen Bestimmungen in Kraft. Diese Verschärfung sollte, ebenso wie eine weitgehende Einschränkung von Notstandsunterstützungszahlungen an verheiratete Frauen, vor allem jene Frauen treffen, von denen

¹⁾ Weitere 120 Mill. S kamen aus ordentlichen und außerordentlichen Quellen der öffentlichen Körperschaften.

angenommen wurde, daß sie nur der Unterstützung wegen kurzfristig Arbeit suchen. Da sich jedoch trotzdem die Zahl der Frauen, die bei den Arbeitsämtern vorgemerkt sind, nicht über das saisonbedingte Maß hinaus verringert hat und jetzt wieder saisongemäß zunimmt, kann eher geschlossen werden, daß die Frauenarbeitslosigkeit überwiegend „echt“ ist.

Auch bei den *Lehrlingen* hat sich die Lage gegenüber dem Vorjahr entspannt. Im III. Quartal 1951 gab es im Durchschnitt um 2.125 weniger Lehrstellensuchende und um 2.261 mehr offene Lehrstellen als ein Jahr zuvor. Die Lage besserte sich zwar sowohl bei den männlichen als auch bei den weiblichen Lehrstellensuchenden, doch ist sie bei diesen noch immer viel schlechter; während bei den männlichen Lehrstellensuchenden im III. Quartal 1951 weniger als zwei Personen auf eine offene Lehrstelle entfielen (gegenüber von nahezu drei i. J. 1950), waren es bei den Mädchen sechs (gegenüber mehr als acht i. J. 1950).

Diese Entspannung ist freilich noch kein Zeichen für eine Lösung des Lehrstellenproblems, denn der Andrang dürfte auch deshalb geringer gewesen sein, weil ein Teil der Jugendlichen die Suche nach einer Lehrstelle aufgegeben hat. Jedenfalls war die Zahl der besetzten Lehrstellen im Monatsdurchschnitt des III. Quartals 1951 mit 6.687 Vermittlungen nur wenig höher als im Jahre 1950. Auch die Lehrlingshaltung hat sich nicht erhöht. In Wien gab es am 1. Februar 1951 (die Ergebnisse der Augustzählung sind noch nicht bekannt) 19.603 Lehrlinge gegenüber 21.617 Lehrlingen am 1. Februar 1950. Es bestehen daher nur wenig Anzeichen, daß der Lehrstellenmarkt in seiner jetzigen Verfassung dem verstärkten Zustrom von vierzehnjährigen, der in den nächsten Jahren einsetzen wird, gewachsen ist.

Lehrlingsvermittlung im III. Quartal 1950 und 1951

	III. Quartal 1950	III. Quartal 1951
	(Monatsdurchschnitte)	
Vorgemerkte Lehrstellensuchende		
Männlich	13.122	12.047
Weiblich	7.242	6.192
Insgesamt	20.364	18.239
Offene Lehrstellen		
Männlich	4.709	6.798
Weiblich	849	1.021
Insgesamt	5.558	7.819
Andrangsziffern ¹⁾		
Männlich	2'8	1'8
Weiblich	8'5	6'1
Insgesamt	3'7	2'3
Besetzte Lehrstellen		
Männlich	4.615	4.794
Weiblich	1.718	1.893
Insgesamt	6.333	6.687

¹⁾ Zahl der Lehrstellensuchenden pro offene Stelle.

Verkehr

Dazu statistische Übersichten S. 546—547

Die *Gütertransporte* der Bundesbahnen stiegen infolge der Ernte von 5.759 arbeitstäglich gestellten Wagen im August auf 6.161 (Voll- und Schmalspur) im September. Die Anforderungen konnten nur zu 83% erfüllt werden gegenüber 95% im Vormonat. Kohle, Kartoffeln und — gegen Monatsende — Rüben waren die wichtigsten Transportgüter. Da die Transportwege kürzer waren, hat sich die Zahl der geleisteten Netto-Tonnen-Kilometer nur von 515³ Mill. auf 516³ Mill. erhöht; die Zahl der Wagenachs- und Zugskilometer ging sogar leicht zurück. Der Transitverkehr und die in der Ein- und Ausfuhr beförderte Tonnage nahmen etwas zu. Die Wagenumlaufzeit betrug 49 Tage.

Im *Personenverkehr* ging zu Ende der Sommersaison die Zahl der verkauften Karten stark zurück (von 74 Mill. Stück auf 5'68 Mill.). In der Sommersaison (Mai bis September) wurden insgesamt 29'95 Mill. Stück Fahrkarten verkauft gegenüber 28'76 zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Besondere *Tarifmaßnahmen* wurden von der ÖBB seit August nicht getroffen. Die beabsichtigte Erhöhung der Gütertarife ist zwangsläufig mit der Einigung über ein neues Güterverkehrsgesetz verbunden, da die ÖBB aus Konkurrenzrücksichten die Tarife nicht einseitig steigern kann. Die laufenden Verhandlungen mit den Vertretern des Straßenverkehrs werden jedoch kaum vor dem Frühjahr 1952 erfolgreich abgeschlossen werden können.

Die *Tariferhöhungen* der Deutschen Bundesbahn ab 15. Oktober (Wagenladungsverkehr zwischen 15% und 25%) wirkten sich für Österreich zunächst nicht voll aus, da der Durchfuhrtarif unverändert bleibt und die Verbandstarife erst später nachgezogen werden sollen. Verkehrswirtschaftlich interessant und für Österreich bedeutsam ist der ab 1. November 1951 in sämtlichen Ostblockstaaten (einschließlich Ostdeutschland) gültige und in russischen Kopeken erstellte Einheits-Transittarif. Damit ist das Berner Übereinkommen über den Personen-, Gepäck- und Frachtverkehr (IÜP und IÜG), an dem bisher alle europäischen Staaten beteiligt waren, für diesen Verkehrsraum ungültig geworden, so daß nunmehr auch verkehrsrechtlich eine Trennung Europas erfolgte. Dieser neue Tarif (russische Kurzbezeichnung: MPS und MGS) gilt zwischen den beteiligten Ländern und von und nach Ländern, die dem Abkommen nicht angehören, so daß österreichische Frachten z. B. von und nach Rumänien bis zur Grenze den Bestimmungen des IÜG und ab Grenze dem MGS unterstehen.

Die neuen Einheitstarifsätze sind erheblich niedriger als die bisherigen Lokaltransitsätze, so daß sich einerseits für die österreichischen Ostfrachten eine Verbilligung ergibt, andererseits aber die Gefahr einer Umgehung Österreichs über die CSR oder Polen besteht.

Die Leistungen der *Donauschifffahrt* (DDSG und Comos) in den ersten drei Quartalen 1951 lagen mit insgesamt 827.400 Tonnen um 54% über der gleichen Zeit des Vorjahres. Erfreulich ist die Verdreifachung des Bergverkehrs und der Frachtmenge von anderen Gütern als Kohle. Der Anteil der Bergfahrt an der Gesamttonnage betrug 16'4% (1950: 8'3%), der Anteil der sonstigen Güter 20'5% (1950: 9'7%). Die Ölverfrachtungen von Wien nach Linz erhöhten sich von 4.243 t auf 25.564 t; in umgekehrter Richtung konnten mit Hilfe der jugoslawischen Schifffahrt seit Juli d. J. auch Frachten bis Wien geführt werden, insgesamt allerdings nur knapp 1.000 t.

Leistungen der DDSG im Jahre 1951

Quartal	Insges.	Talfahrt	Sonstige Güter	Bergfahrt		Berg u. Tal
		Kohle		Insges.	davon Wien—Linz	
		1.000 t		t		1.000 t
I.	212'1	211'1	1.005	25.226	7.285	237'3
II.	202'3	181'4	20.822	34.871	—	237'2
III.	277'5	265'3	12.220	75.392	25.564	352'9
I.—III.	691'9	657'8	34.047	135.489	32.849	827'4
% v. 1950	128'6	123'9	458'0	303'6	774'1	154'1

Der *Fremdenverkehr* nahm im Monat September saisonüblich stark ab, lag aber mit 1'6 Mill. Übernachtungen (vorläufige Zahlen) etwas über dem Vorjahresstand. Im Ausländerverkehr wurden 569.000 Übernachtungen gezählt, gegen 484.567 im September 1950; er erzielte Einnahmen von 70'0 Mill. S, gegen 55'2 Mill. S im Vorjahr.

Ausländer-Fremdenverkehr in den einzelnen Bundesländern

Jahr	Österreich	Wien	1.000 Übernachtungen			
			Salzburg	Tirol	Vorarlberg	Übrige
1950 Mai	185'3	47'8	48'0	41'0	19'4	29'1
Juni	379'1	50'0	110'9	120'8	43'6	53'7
Juli	848'1	62'1	243'3	284'5	99'0	159'2
August	1.218'3	85'2	340'0	396'9	157'8	238'4
September ..	484'6	59'3	159'9	118'8	60'1	86'4
Oktober	166'7	39'0	55'6	24'5	16'3	31'4
November...	87'9	31'1	20'1	10'1	10'0	16'5
Dezember ..	194'5	24'8	32'1	65'8	51'1	20'7
1951 Jänner	262'8	26'1	39'3	100'2	76'4	20'7
Februar	355'1	25'1	49'0	127'6	134'5	18'9
März	447'8	37'1	61'5	129'4	197'5	22'4
April	172'5	29'5	43'5	40'0	38'1	21'4
Mai	226'1	44'8	79'3	43'1	19'5	39'4
Juni	475'6	48'3	155'8	132'0	58'1	81'3
Juli	1.087'8	66'6	325'2	338'9	138'7	218'3
August	1.613'8	90'2	446'4	514'9	205'5	356'8

Außenhandel

Dazu statistische Übersichten S. 548—550

Die *Ausfuhr* erholte sich im September von ihrem niedrigen Stand im August und stieg um 73 Mill. S auf 850 Mill. S. Das Ausfuhrvolumen von 1937 wurde wieder um 9% überschritten. Damit ist der starke Rückschlag im August zumindest teilweise als eine saisonübliche Umsatzverringering erwiesen. Allerdings war der Aufschwung im September nicht so groß, daß die günstigen Ausfuhrergebnisse in den Monaten Juni und Juli (878 Mill. S bzw. 918 Mill. S) wieder erreicht werden konnten.

Mengenmäßig blieb die Ausfuhr im September um 15.500 t hinter dem Augustergebnis zurück und war mit 279.000 t die niedrigste seit August 1950. Dementsprechend stieg der Durchschnittspreis je t von 2.639 S auf 3.045 S. Dies ist wohl zum Teil eine Folge von Preissteigerungen. Außerdem hat sich jedoch auch die Ausfuhrstruktur zugunsten hochwertiger Waren verschoben. In den Monaten Jänner bis August entfielen 62% des Gesamtexportwertes auf Halb- und Fertigwaren (ohne chemische Erzeugnisse), im September hingegen 66½%. Diese Steigerung der Fertigwarenausfuhr — mit 565½ Mill. S erreichte sie wieder den Julirekord (566 Mill. S) — war weniger auf einzelne Höchstleistungen, als vielmehr auf ein glückliches Zusammentreffen günstiger Ausfuhrergebnisse in verschiedenen Branchen zurückzuführen. Auffallend ist vor allem die Steigerung des Metallwarenxportes, der Eisen- und Stahllieferungen und des Holzhausexports (mit großen Lieferungen nach Australien). Auch der Kleiderexport, der durch die Zahlungsbilanzschwierigkeiten Westdeutschlands im Frühjahr stark gelitten hatte, lebte dank der Lockerung der westdeutschen Einfuhrschränken wieder auf. Mit 219 Mill. S (davon 98 Mill. S nach Westdeutschland) erreichte er im September den höchsten Stand seit März d. J. Außer Westdeutschland nehmen vor allem die Vereinigten Staaten Erzeugnisse des österreichischen Bekleidungsgebietes auf (im September im Werte von 66 Mill. S).

Die Struktur der Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten verändert sich allmählich bei ziemlich gleichbleibendem Ausfuhrvolumen. Während in den ersten Nachkriegsjahren hauptsächlich einige wenige Spezialitäten ausgeführt wurden (bis 1949 entfiel über die Hälfte des Gesamtexportes auf Glasschmucksteine), gewinnen nunmehr auch andere Waren an Bedeutung. Der Anteil der Glasschmucksteine, deren Exportwert ziemlich stabil bleibt, sank im Jahre 1950 auf ein Drittel des gesamten Exportes nach den USA und beträgt gegenwärtig weniger als ein Viertel. In letzter Zeit ragen vor allem die Roheisenexporte her-

vor, die erst im Jahre 1948 einsetzten und nach Ausbruch des Koreakonfliktes rasch stiegen. Im III. Quartal 1951 verdrängten sie die Glaswaren von der ersten Stelle und bestritten 39% des Exportgeschäftes mit Amerika. Außerdem werden gelegentlich Kalkammonsalpeter und ziemlich regelmäßig Zellwolle und — wie bereits erwähnt — Bekleidungswaren exportiert. Die genannten Warengruppen stellen seit 1950 stets zwei Drittel bis vier Fünftel des gesamten Exportes nach den USA. Trotz größerer Vielfalt beschränkt sich die Ausfuhr nach Amerika jedoch noch immer auf relativ wenige Waren, von denen einige — darunter vor allem Roheisen — nur solange Exportchancen haben, als die Rüstungskonjunktur anhält.

Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten

	1950	I. Quartal 1951	II. Quartal 1951	III. Quartal 1951	1950	I. Quartal 1951	II. Quartal 1951	III. Quartal 1951
		Mill. S			in %			
Insgesamt	362'9	133'7	127'4	146'4	100'0	100'0	100'0	100'0
davon: Glaswaren	125'0	35'9	33'6	33'5	34'4	26'9	26'4	22'9
Eisen und Stahl	35'3	17'9	20'9	56'6	9'7	13'4	16'4	38'7
Kleidung	39'9	12'8	13'2	20'5	11'0	9'6	10'4	14'0
Zellwolle	36'6	11'4	11'2	11'9	10'1	8'5	8'8	8'1
Kalkammonsalpeter	5'1	27'0	5'6	1'6	1'4	20'2	4'4	1'1

Weitaus weniger günstig als bei Halb- und Fertigwaren entwickelte sich die Ausfuhr der übrigen Warengruppen. Die Ausfuhr chemischer Erzeugnisse war mit 199 Mill. S sogar niedriger als in irgendeinem anderen Monat dieses Jahres, hauptsächlich weil nur geringe Mengen Kalkammonsalpeter (55 Mill. S im September gegen 241 Mill. S im Durchschnitt der Monate Jänner bis August) exportiert wurden. Aber auch bei den anderen chemischen Waren gab es Exportrückschläge. Der Rückgang des Stromexportes im September ist wegen der überdurchschnittlichen Trockenheit des heurigen Herbstes stärker, als saisongemäß zu erwarten war. Die Holzausfuhr brachte wohl höhere Erlöse (bei geringerer Ausfuhrmenge) als im August, erreichte jedoch nicht den Durchschnitt der Vormonate. Sehr stark stieg der Export von Papierzeug.

Die Lenker der Holzausfuhr drosselten besonders den Verkehr mit den Niederlanden: Im Juni gingen dorthin noch 26.216 t Holz, im September nur noch 1.015 t. Da weiters die Umstellung vom Kompensationsverkehr auf Clearingverkehr das Hollandgeschäft hemmt, schrumpft die Ausfuhr nach Holland zusehends. Die Ausfuhr im September (197 Mill. S) war die niedrigste seit Februar 1950. Ähnlich stark ging die Ausfuhr nach Triest zurück, die im September mit 119 Mill. S sogar die niedrigste seit Mai 1949 war.

Die *Einfuhr*, die schon im August gesunken war, nahm im September um weitere 67 Mill. S auf 1.046

Mill. S ab. Diesmal beschränkte sich der Rückgang auf die kommerziellen Importe — sie sanken von 958 Mill. S auf 882 Mill. S —, während sich die ERP-Einfuhren von dem niedrigen Stand des Vormonates zumindest wertmäßig etwas erholten (um 8 Mill. S auf 163 Mill. S). Einfuhrückgang und Ausfuhrsteigerung führten zu einer Verminderung des *Einfuhrüberschusses*, der mit 196 Mill. S (32 Mill. S im kommerziellen Verkehr) der niedrigste Monatswert dieses Jahres ist.

Der Rückgang der kommerziellen Einfuhr ist zu einem beträchtlichen Teil auf die Kürzung des EZU-Kredits zurückzuführen. Die Einfuhr aus den OEEC-Ländern ging dementsprechend um 31 Mill. S auf 585 Mill. S zurück. In den kommenden Monaten ist mit einem weiteren Einfuhrückgang zu rechnen, da Österreich für Oktober und November nur 8 Mill. \$ zum Ausgleich des Defizits bei der EZU zur Verfügung gestellt wurden, also 4 Mill. \$ pro Monat, gegenüber 15 Mill. \$, d. s. 5 Mill. \$ pro Monat, in der Periode Juli bis September. Der Einfuhrückgang aus West- und übrigens auch aus Osteuropa wurde nur teilweise durch eine weitere Zunahme der kommerziellen Importe aus den USA wettgemacht; diese überschritten im September zum erstenmal die Hundertmillionengrenze und betragen über 12% des gesamten kommerziellen Importwertes. Diese Steigerung ist allerdings nur auf die vorübergehenden Kohlenimporte zurückzuführen. Diese nahmen im September neuerlich zu und stellten zwei Drittel des gesamten (kommerziellen) Importes aus den Vereinigten Staaten. Auch aus Polen liefen im September größere Kohlenmengen ein als im August, hingegen blieben die Lieferungen aus Deutschland, der Tschechoslowakei, aus Ungarn und Jugoslawien und durch sie auch die gesamte Brennstoffeinfuhr hinter dem Vormonat zurück. Auch die Einfuhr anderer Rohstoffe (besonders Kautschuk, Erz und Schrott) ging im September empfindlich zurück.

Das knappe Einfuhrvolumen — es betrug im III. Quartal (einschließlich ERP) 105% von 1937 gegenüber 113% im II. und 99% im I. Quartal — und insbesondere die Schwierigkeiten der Rohstoffbeschaffung lassen ein rasches und zielstrebiges Importverfahren besonders wichtig erscheinen. Das Disponieren der Importeure wird nicht zuletzt dadurch erschwert, daß selbst der Besitz freier Devisen nicht immer den Bezug der erforderlichen Rohstoffe sichert. Für gewisse knappe Rohstoffe hat nun die internationale Rohstoffkonferenz (IMC), der sich auch Österreich angeschlossen hat, Import- (bzw. Export-)quoten für das IV. Quartal 1951 festgelegt. Obwohl Österreich auf dieser Konferenz nicht direkt

vertreten ist, hat es bei dieser Zuteilung — gemessen an den bisherigen Einfuhrmengen — nicht allzu schlecht abgeschnitten. Die ihm zugewiesenen Quoten von 2.370 t Kupfer (wovon 800 t durch Eigenaufbringung gedeckt werden müssen), 225 t Nickel und 1.750 t Zink lassen Importe im Ausmaß von 97%, 128% und 86% der im Durchschnitt der ersten drei Quartale 1951 eingeführten Mengen zu. Freilich waren die bisherigen Kupfer- und Zinkzufuhren keineswegs reichlich. Sie blieben weit hinter den programmierten Mengen zurück¹⁾. Auch schließt die Zuteilung von IMC-Quoten noch keine Liefergarantien ein.

Einfuhr und Einfuhrzuteilungen: Kupfer, Nickel, Zink

	Importe				Importzuteilung ¹⁾
	1950 Vierteljahres- durchschnitt	I.	1951 Quartal II. /	III.	
Kupfer ²⁾	1.436	745	1.694	2.407	1.570
Nickel	220	203	150	174	225
Zink ²⁾	1.512	2.233	2.228	1.668	1.750

¹⁾ Auf Grund der von der Internationalen Rohstoffkonferenz festgesetzten Importquoten. — ²⁾ Einschließlich Altmittel.

Umfang und Richtung des Außenhandels werden in den kommenden Monaten auch durch Veränderungen der *Zölle* beeinflusst werden, wengleich diese Einflüsse wegen der starken Preisdynamik, zahlreicher Beschaffungsschwierigkeiten sowie infolge der Vorherrschaft direkter Lenkung bedeutend geringer sein werden als in Zeiten normaler Entwicklung des Welthandels. Durch Österreichs Beitritt zur GATT erlangten im Oktober die Zollkonzessionen, die Österreich auf der Tagung von Torquay den anderen Mitgliedsstaaten dieses Abkommens gewährt hat, Geltung. Sie wirken sich jedoch nur zum Teil sofort aus, da die bestehenden autonomen Zollbegünstigungen, die vielfach über die GATT-Ermäßigungen hinausgehen, zunächst in Kraft bleiben. Allerdings besteht die Absicht, diese autonomen Begünstigungen schon in nächster Zeit zwecks Erhöhung der Staatseinnahmen einzuschränken. Das Budget für das Jahr 1952 hat daher die Zolleinnahmen um 200 Mill. S höher veranschlagt als im Jahre 1951.

Österreich gewährte jedoch durch den Beitritt zur GATT nicht nur den anderen Mitgliedstaaten gewisse Zollvorteile, sondern gelangt nun auch selbst in den Genuß einer Reihe von Zollbegünstigungen, die sich zwar auf den Export nicht umwälzend auswir-

¹⁾ Siehe Tabelle „Programmierte und tatsächliche Rohstoffeinfuhren im Wirtschaftsjahr 1950/51“, Nr. 9 der Monatsberichte, Jg. 1951, S. 448.

ken werden, sich aber doch in der einen oder anderen Richtung förderlich erweisen können. Überschattet wird dieser Vorteil allerdings durch die Umgestaltung des westdeutschen Zolltarifes. In Westdeutsch-

land trat am 1. Oktober an die Stelle des Gewichtszollsystems ein Wertzollsystem, das vor allem die österreichische Ausfuhr hochwertiger Fertigwaren (z. B. Textilwaren) hemmt.

Ein- und Ausfuhr nach Warengruppen
(Monatsdurchschnitte bzw. Monatswerte)

Warengruppen	Kommerzielle Einfuhr				Ausfuhr				Kommerzielle Einfuhr				Ausfuhr			
	I. Quar- tal	II. Quar- tal	III. Quartal	Sept.	I. Quar- tal	II. Quar- tal	III. Quartal	Sept.	I. Quar- tal	II. Quar- tal	III. Quartal	Sept.	I. Quar- tal	II. Quar- tal	III. Quartal	Sept.
	in Mill. S								in %							
Ernährung, Getränke und Tabak	221'3	204'7	139'2	145'9	11'9	11'0	4'9	4'4	25'6	21'8	14'9	16'5	1'7	1'4	0'6	0'5
Rohstoffe (ohne Brennstoffe)	175'4	204'9	188'7	159'0	193'2	256'0	250'7	249'4	20'3	21'8	20'2	18'0	28'1	32'7	29'5	29'4
Mineralische Brennstoffe und Energie	158'0	148'5	181'6	185'6	10'0	11'3	11'8	10'4	18'3	15'8	19'4	21'1	1'5	1'5	1'4	1'2
Tierische und pflanzliche Öle und Fette	22'0	41'4	41'6	28'2	0'1	0'1	0'0	—	2'5	4'4	4'4	3'2	0'0	0'0	0'0	—
Chemische Erzeugnisse	58'5	79'7	77'6	73'2	46'3	31'6	34'8	19'9	6'8	8'5	8'3	8'3	6'7	4'0	4'1	2'4
Halbwaren und Fertigwaren (nach dem Rohmaterial)	124'0	149'0	187'6	166'9	314'0	345'8	389'9	397'3	14'4	15'9	20'1	18'9	45'6	14'2	46'0	46'8
Maschinen und Verkehrsmittel	91'0	94'7	101'7	106'1	78'1	92'0	108'1	105'7	10'5	10'1	10'9	12'0	11'3	11'7	12'7	12'4
Sonstige Fertigwaren	13'6	15'5	16'6	17'4	34'8	35'4	48'2	62'3	1'6	1'7	1'8	2'0	5'1	4'5	5'7	7'3
A. N. G. Waren	0'0	0'0	0'0	0'0	0'1	0'2	0'2	0'1	0'0	0'0	0'0	0'0	0'0	0'0	0'0	0'0
Insgesamt	863'9	938'3	934'6	882'3	688'5	783'4	848'6	849'5	100'0	100'0	100'0	100'0	100'0	100'0	100'0	100'0

Die Rohwarenmärkte im III. Quartal 1951

Die abwärtsgerichtete Preisbewegung auf den internationalen Rohwarenmärkten seit Frühjahr dieses Jahres hielt auch im III. Quartal an, allerdings nicht mehr auf so breiter Basis wie im II. Quartal. Gegen Quartalsende festigten sich jedoch die Märkte bei pendelnden Preisen merklich, und es scheint, daß der Abbau der spekulativ überhöhten Warenpreise zum Stillstand gekommen ist. Die weitere Preisentwicklung wird in erster Linie von der Einkaufspolitik der USA und der Wirksamkeit der Maßnahmen der Internationalen Rohwarenkongferenz abhängen. Der geringere Einfluß der tagespolitischen Ereignisse auf die Preisbildung läßt eine spekulationsfreie Anpassung der Rohwarenmärkte an die rüstungswirtschaftlichen Erfordernisse erkennen.

Pendelnde Preise

Der Höhepunkt der Koreakonjunktur wurde in den Monaten Februar und März 1951 überschritten. Stärkere Preisrückgänge, insbesondere auf den Sterlingmärkten, im II. Quartal 1951 waren die Reaktion auf vorwiegend spekulativ überspitzte Preisauftriebe. Im III. Quartal setzte sich diese Bewegung fort und der Rohwarenindex von Moody sank im Quartalsdurchschnitt um 8%, nachdem er schon vom I. auf das II. Quartal um 4% nachgelassen hatte. Der tiefste Punkt wurde Mitte September erreicht, als der Index mit 451'0 (31. Dezember 1931 = 100) um 84 Punkte oder 15% unter die Rekordhöhe im Februar sank und sich bis auf 12% dem Vorkoreastand (400'0) näherte.

Trotzdem kann von einer Baissé nicht die Rede sein. Der Rückgang des Gesamtindex wurde im

Veränderungen des Rohwarenindex von Moody¹⁾

Quartal	1950		1951		1951 in Prozent von 1950
	Index	I. Qu. 1950 = 100	Index	I. Qu. 1950 = 100	
I.	355'0	100'0	526'6	148'3	148'3
II.	380'8	107'3	505'2	142'3	132'7
III.	455'0	128'2	464'0	130'7	102'0
IV.	480'1	135'2	—	—	—
Oktober	465'7	131'2	462'1	130'2	99'2

31. Dezember 1931 = 100.

II. Quartal durch die Preisveränderungen bei Wolle, Zinn, Kautschuk verursacht und im III. Quartal durch die weiter nachgebenden Preise von Wolle, Baumwolle, Zucker und Kakao. Bei allen anderen Rohwaren war die Marktlage im III. Quartal fest oder versteifte sich sogar, so bei NE-Metallen (außer Zinn), Kohle, Stahl, Roheisen. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß Wolle, Zinn und Kautschuk durch